

M. Mugny, rapporteur: Nous arrivons maintenant au postulat de la commission. On en a déjà parlé dans les délibérations. Vous savez que ce postulat demande au Conseil fédéral de revoir la conception de l'aide fédérale pour l'encouragement à la construction de logements. Il soulève en particulier deux problèmes: celui des contributions dégressives demandées par notre collègue M. Brunner et celui de la création d'un fond de roulement, d'un fonds d'investissement, selon le postulat de M. Bussey. Par conséquent, la commission vous propose d'accepter ce postulat qui est adressé au Conseil fédéral. En même temps, nous devons évidemment classer les postulats Tschäppät et Berger-Zurich, qui ont reçu une réponse positive grâce à la révision en question.

Präsident: Der Bundesrat ist bereit, das Postulat der Kommission anzunehmen. Wird es von einem Ratsmitglied bekämpft? – Das ist nicht der Fall. Das Postulat ist überwiesen.

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

10356. Volksbegehren für das Recht auf Wohnung. Bericht des Bundesrates Initiative populaire pour le droit au logement. Rapport du Conseil fédéral

Bericht des Bundesrates und Beschlussentwurf vom
3. September 1969 (BBl II, 887)

Rapport du Conseil fédéral et projet d'arrêté du
3 septembre 1969 (FF II, 895)

Antrag der Kommission

Titel und Ingress, Art. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 1 und 2

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Minderheit

(Debétaz, Abegg, Glasson, Pierre, Mugny, Muheim,
Sandoz, Schütz, Tschäppät, Wetter)

Art. 1

Folgende Texte sind dem Volk und den Ständen zur Abstimmung vorzulegen:

A. Die Volksinitiative vom 11. Oktober 1967 für das Recht auf Wohnung und den Ausbau des Familienschutzes, lautend:

Artikel 34quinquies... (Text gemäss Art. 1, Ziffer I, II und III des Entwurfes des Bundesrates).

B. Der Gegenvorschlag der Bundesversammlung, der wie folgt lautet:

Artikel 34quinquies, Absatz 3, der Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Die Worte «...und Wohnungs-(wesen)...» werden aufgehoben.

Die Bundesverfassung wird durch Aufnahme eines neuen Artikels 34sexies ergänzt mit nachfolgendem Wortlaut:

Dem Bund steht die Gesetzgebung über das Wohnungswesen zu, insbesondere um es Familien und Einzelpersonen zu ermöglichen, eine ihren Bedürfnissen und Mitteln entsprechende Wohnung zu erhalten, und um den Erwerb der Eigentumswohnungen zu erleichtern. Der Vollzug der betreffenden Massnahmen erfolgt unter Mitwirkung der Kantone und gegebenenfalls unter Beizug öffentlicher und privater Körperschaften.

Dem Bund steht die Gesetzgebung zu, um in Abweichung von der Handels- und Gewerbefreiheit die Mieter gegen missbräuchliche Mietzinse und Erhöhungen derselben zu schützen. Bei der Durchführung der betreffenden Massnahmen arbeitet der Bund mit den Kantonen zusammen. Diese Massnahmen finden nur Anwendung in Gemeinden, in denen Mangel an Wohnungen und Lokalen herrscht, und nur solange dieser Mangel besteht.

Macht der Bund von der ihm gemäss vorstehendem Absatz zukommenden Befugnis keinen Gebrauch, so steht sie den Kantonen zu.

Art. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt dem Volk und den Ständen, die Initiative (Art. 1, Buchstabe A) zu verwerfen und den Gegenvorschlag (Art. 1, Buchstabe B) anzunehmen.

Antrag Dafflon

Art. 2

Dem Volk und den Kantonen wird empfohlen, die Initiative anzunehmen.

Proposition de la commission

Titre et préambule, art. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 1 et 2

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Minorité

(Debétaz, Abegg, Glasson Pierre, Mugny, Muheim,
Sandoz, Schütz, Tschäppät, Wetter)

Art. 1

Sont soumis à la votation du peuple et des cantons:

A. L'initiative populaire du 11 octobre 1967 pour le droit au logement et le développement de la protection de la famille ainsi rédigée:

Article 34quinquies (texte selon art. 1, chiffres I, II, III, du projet du Conseil fédéral).

B. Le contre-projet de l'Assemblée fédérale dont la teneur est la suivante:

L'article 34quinquies, 3^e alinéa, de la constitution fédérale est modifié comme il suit:

Les mots «de logements et» sont abrogés.

La constitution fédérale est complétée par l'insertion d'un article 34sexies nouveau ayant la teneur suivante:

La Confédération peut légiférer en matière de logement, notamment pour permettre aux familles et aux personnes seules d'obtenir un logement répondant à leurs besoins et à leurs moyens, et pour faciliter l'acquisition du logement en propriété. Pour l'application des mesures prises, il sera fait appel à la collaboration des cantons, et éventuellement à celle d'organisations publiques et privées.

La Confédération peut légiférer, en dérogeant au principe de la liberté du commerce et de l'industrie, pour protéger les locataires contre les loyers et les hausses de loyers

abusifs. La Confédération fait appel à la collaboration des cantons pour l'exécution des mesures prises. Ces mesures ne seront applicables que dans les communes où sévit la pénurie de logements ou de locaux et pour la durée de celle-ci.

Si la Confédération n'utilise pas la compétence qui lui est donnée à l'alinéa précédent, celle-ci appartient aux cantons.

Art. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative (article premier, lettre A) et d'accepter le contreprojet (article premier, lettre B).

Proposition Dafflon

Art. 2

Le peuple et les cantons sont invités à accepter l'initiative.

Berichterstattung – Rapports généraux

Muheim, Berichterstatter der Mehrheit: Am 11. Oktober 1967 wurde eine mit der erforderlichen Unterschriftenzahl versehene Volksinitiative für das Recht auf Wohnung und den Ausbau des Familienschutzes eingereicht. Dieses Volksbegehren ist in der Form des ausgearbeiteten Entwurfes abgefasst und will eine Ergänzung der Bundesverfassung erreichen. Gemäss Artikel 27 des Geschäftsverkehrsgesetzes hat die Bundesversammlung innert 3 Jahren, also bis zum 11. Oktober 1970, zu diesem Begehren auf Partialrevision Stellung zu nehmen. Sie hat darüber Beschluss zu fassen, ob sie dem Volksbegehren zustimmt oder nicht. Lehnt sie es ab, kann sie mit der Initiative zusammen dem Volk und den Ständen einen Gegenentwurf zur Abstimmung unterbreiten. Das Zustandekommen und die Gültigkeit der Volksinitiative sind unbestritten, so dass ich mich sofort dem Inhalt und der Würdigung desselben zuwenden kann.

Das Volksbegehren schlägt eine kleine Änderung von Artikel 34 quinquies, Absatz 3, der Bundesverfassung vor, die aber untergeordneter Bedeutung ist. Das Hauptstück des formulierten Entwurfes ist ein Artikel 34sexies, durch den die Bundesverfassung ergänzt werden soll. Dieser neue Artikel enthält in zwei Absätzen zwei Forderungen: Erstens die Anerkennung des Rechtes auf Wohnung durch den Bund und die daherige Verpflichtung des Bundes, die notwendigen Massnahmen zu treffen, damit Familien und Einzelpersonen sich eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung beschaffen können, deren Mietzins oder Kosten ihre finanzielle Leistungsfähigkeit nicht übersteigt. Ein zweiter Punkt der Initiative statuiert die Pflicht des Bundes, bei Mangel an Wohnungen in einem Kanton oder einer Agglomeration zeitlich begrenzte Massnahmen gegen ungerechtfertigte Mietkündigungen, gegenüber übersetzte Mietzinse und gegen alle andern Missbräuche zu treffen.

Ich nehme nun im folgenden zu den einzelnen Punkten des Volksbegehrens Stellung:

1. Der Wortlaut des Absatzes 1, wonach das Recht auf Wohnung ausdrücklich anerkannt wird, lässt die Frage offen, ob damit ein subjektives öffentliches Recht, das heisst ein klagbarer Anspruch des einzelnen gegenüber dem Staate, gemeint ist, oder ein Sozialrecht, das den Staat lediglich zu einer Wohnbaupolitik verpflichtet, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Die Europäische Sozialcharta enthält eine Reihe von solchen Sozialrechten, darunter auch das Recht auf Wohnung. Bei einer Totalrevision der Bundesverfassung wird zu prüfen sein, ob und in welcher Form diese Sozialrechte Aufnahme finden sollen.

Auch wenn die Initianten in einer Zuschrift vom 27. November 1969 erklären, dass sie der verfassungsmässigen Anerkennung des Rechtes auf Wohnung nicht die Bedeutung eines subjektiven und klagefähigen Rechtes geben, so ist die Tragweite dieser Bestimmung, die in der Bundesverfassung völlig vereinzelt dastehen würde, keineswegs eindeutig oder so eindeutig, dass eine andere Interpretation ausgeschlossen wäre. Aber auch wenn diesem Recht auf Wohnung nur ein programmatischer Charakter zukäme, so beinhaltet es doch die imperative Forderung an den Bund, von Staates wegen eine Wohnungswirtschaft zu betreiben, die sich bezüglich der Wohnungsgrösse und Komfort nach den Bedürfnissen der Familien und Einzelpersonen richtet und deren Mietzinse die finanziellen Verhältnisse der Mieter nicht übersteigt. Der Bund müsste also von Amtes wegen die Wohnbedürfnisse und den Wohnungsstandard, das Verhältnis zwischen Mietzins und Einkommen und Vermögen des Mieters festlegen. Eine solche staatliche Wohnungspolitik würde der Tatsache nicht Rechnung tragen, dass in den letzten 20 Jahren 80–90% der Wohnungen durch Private, nämlich durch Einzelpersonen und juristische Personen, exklusive die Wohnbaugenossenschaften, erstellt worden sind. Die private Initiative darf jedenfalls nicht gelähmt oder gar unterbunden werden. Unsere freiheitliche Wohnbaupolitik, die vom Staate her noch gefördert wurde, hat uns in den letzten Jahren eine ausserordentlich grosse Wohnungsproduktion gebracht. Im allgemeinen sind die Wohnverhältnisse der Schweizer im Vergleich zu andern Völkern nicht schlecht, ja gegenüber Ländern mit staatlich gelenkter Wohnwirtschaft sogar besser. Bezüglich Wohnungsstandard stehen wir eindeutig in der Spitzengruppe. Es besteht daher nach Ansicht der Kommissionenmehrheit kein Grund, durch die Annahme des Volksbegehrens die zur Hauptsache auf Freiheit und Selbstverantwortung der Bürger beruhende Wohnwirtschaft aufzugeben und die Verantwortung für die Wohnversorgung dem Staate zuzuschieben.

Aus diesen grundsätzlichen Überlegungen lehnen Bundesrat und Kommissionenmehrheit den Absatz 1 des Volksbegehrens ab. – Diesen Bemerkungen über die schweizerische Wohnungspolitik möchte ich aber sofort beifügen, dass der moderne Staat auch nach der Auffassung der Kommission wie des Bundesrates an der Lösung des Wohnungsproblems für die ganze Bevölkerung sich keineswegs desinteressieren darf. Trotz aller Anstrengungen im Wohnungsbau ist es nicht gelungen, ein ausreichendes Angebot an Wohnungen zu angemessenen Mietzinsen herbeizuführen. Besonders in städtischen Agglomerationen ist der Wohnungsmangel nach wie vor ganz empfindlich. Wegen der Anziehungskraft der Städte wird das aber eine Dauererscheinung bleiben. Der Sozialstaat kann sich daher der Aufgabe nicht entschlagen, bei der Lösung der Wohnungsfrage mitzuwirken und mitzuhelfen, ohne aber die persönliche Verantwortung beiseite zu schieben. Die Gesellschaft hat die Voraussetzungen zu schaffen, damit die private Initiative richtig spielt und sich voll entfalten kann. Wenn sich der Wohnungsbau weiter entwickeln soll, dann ist er auf Vorleistungen der öffentlichen Hand und die Förderung durch Bund und Kantone angewiesen. Der Bund muss durch entsprechende Massnahmen die Wohnversorgung für die sozial schwächeren Kreise sicherstellen und auch bei Missbräuchen seine schützende Hand über den Mieter halten. Die Wohnbaupolitik des Bundes ist daher nach der Auffassung des Bundesrates und der einhelligen Kommission – und ich glaube wohl auch des Nationalrates, nachdem Sie soeben der Weiterführung des Förderungsgesetzes für den Wohnungsbau zugestimmt haben – zu

einer sinnvollen Wohnungspolitik auszuweiten, um die Wohnungsprobleme unseres Volkes nicht nur heute, sondern auch in der Zukunft zu meistern.

Der Bundesrat hat bereits gewisse Vorschläge für die nächsten Jahre gemacht. Er beantragte, die Geltungsdauer des Bundesgesetzes über den Wohnungsbau über das Jahr 1970 hinaus zu verlängern, um den Bau von weiteren billigen Wohnungen zu ermöglichen. Sie haben soeben diesem Antrag des Bundesrates zugestimmt.

Ferner soll die Erschliessung von Bauland erleichtert werden. Mit der Abänderung des Wohnbauförderungsgesetzes haben Sie einen entsprechenden Antrag des Bundesrates ebenfalls gutgeheissen. Der Bund soll aber auch in einer weitem Zukunft eine aufgeschlossene Wohnungspolitik betreiben und dazu beitragen, dass die Wohnungsprobleme unseres Volkes gelöst werden können. In diesem Sinne hat denn auch die Kommission ein Postulat aufgestellt, dem Sie ebenfalls bei der vorhergehenden Vorlage zugestimmt haben.

Bundesrat und Kommissionsmehrheit lehnen aber die Volksinitiative nicht nur wegen ihres ersten Teils, sondern auch wegen ihres zweiten Teiles ab. Nach diesem zweiten Teil der Initiative soll der Bund in gewissen Gebieten mit Wohnungsmangel Massnahmen zum Schutz gegen übersetzte Mietzinse, gegen ungerechtfertigte Mietkündigungen und andere Missbräuche treffen. Damit – dessen muss man sich ganz klar sein – würde die Mietzinsüberwachung in städtischen Agglomerationen, in denen der Wohnungsmangel chronisch ist und bleiben wird, wieder eingeführt, und zwar als Dauereinrichtung. Das steht aber im Widerspruch zum Beschluss von Volk und Ständen von 1964, welche die Preisüberwachung als temporäre Massnahme bis Ende 1969 noch beibehalten wollten. Wir haben ja jetzt, unter Zeitnot, diesen Beschluss noch um ein Jahr verlängert, um inzwischen im Obligationenrecht einen umfassenden Schutz aller Mieter gegen ungerechte Kündigungen einzubauen. Damit wird in unserem Zivilrecht ein sozialer Schutz des Mieters erreicht, der den heutigen Auffassungen von der Sozialpflichtigkeit des Eigentums entspricht. Die Wiederaufnahme von Preiskontrollvorschriften, wie das Volksbegehren es vorsieht, auch wenn sie zeitlich befristet sind und örtlich beschränkt werden, wird von Bundesrat und Kommissionsmehrheit abgelehnt. Mit 11:6 Stimmen beantragt Ihnen daher die Kommission, Volk und Ständen die Verwerfung der Initiative, ohne Gegenvorschlag, zu empfehlen. Mit der Annahme des Volksbegehrens wäre das Wohnungsproblem nicht gelöst und auch kaum zu lösen, sondern nur mit dem Bau von Wohnungen und deren Förderung durch die öffentliche Hand.

Eine knappe Mehrheit der Kommission teilte die Auffassung des Bundesrates, dass dem Volksbegehren kein Gegenvorschlag entgegengestellt werden soll. Eine beachtliche Minderheit wäre aber grundsätzlich dafür gewesen, Volk und Ständen einen Gegenentwurf zu unterbreiten. Die bestehende Verfassungsgrundlage vermag nämlich – wie bereits in der Debatte über die Verlängerung der Wohnbauförderung festgestellt wurde – für eine allgemeine Wohnungspolitik des Bundes nicht zu genügen. Die heutige Wohnbauförderung stützt sich – wie an dieser Tribüne bereits gesagt wurde – auf den Familienschutzartikel, den Artikel 34 quinquies der Bundesverfassung. Nach Absatz 3 kann der Bund auf dem Gebiete des Siedlungs- und Wohnungswesens Bestrebungen zugunsten der Familie unterstützen. Die Verbilligung von Mietzinsen von Wohnungen für alleinstehende Betagte, alleinstehende Witwen und Gebrechliche steht daher verfassungsrechtlich auf etwas schwachen Füßen. Der Bund müsste daher eine weitergehende

Kompetenz haben, um auf dem Gebiete des Wohnungswesens überhaupt ganz allgemein fördernd eingreifen zu können. Das ist die Voraussetzung für eine wirksame Wohnungspolitik, die den Bau von Wohnungen auf jede mögliche Art fördert, den sozial Schwächeren durch Verbilligung der Mietzinse unter die Arme greift und günstige Bedingungen für die Wohnungsbeschaffung durch den Bürger herstellen will.

Da aber in der Kommission ein formulierter Entwurf für einen Gegenvorschlag nicht vorlag, konnte diese auch über einen solchen nicht abstimmen. Die Anträge, welche die Kommissionsminderheit, angeführt von Herrn Debétaz, Ihnen heute als Gegenvorschlag unterbreitet, konnten weder vom Bundesrat noch von der Kommission näher geprüft werden. Sollten Sie, entgegen dem Antrag der Kommissionsmehrheit, auf den Gegenentwurf der Minderheit eintreten, dann müsste die Detailberatung darüber wohl ausgesetzt werden, um Bundesrat und Kommission Gelegenheit zu geben, die Anträge der Kommissionsminderheit zu untersuchen und darüber zu befinden. Eine materielle Behandlung im Rate ohne Kommissionsberatung und eingehende Stellungnahme des Bundesrates könnte nicht als sorgfältige Gesetzgebungsarbeit betrachtet werden, besonders wenn man bedenkt, dass es ja nicht nur um ein gewöhnliches Gesetz, sondern um eine Ergänzung der Bundesverfassung geht.

Namens der Kommissionsmehrheit beantrage ich Ihnen daher Eintreten und Zustimmung zu den bundesrätlichen Anträgen.

M. Mugny, rapporteur de la majorité: Nous abordons maintenant la dernière partie de nos débats sur le logement, consacrée à l'initiative du mouvement populaire des familles concernant le droit au logement et la protection de la famille.

J'aimerais souligner d'abord l'importance de cette initiative lancée en 1966 et 1967; le texte en a été déposé le 11 octobre 1967 avec 83 526 signatures. Cette initiative pose le problème fondamental de savoir si nous avons besoin ou non d'un nouvel article constitutionnel pour la politique du logement. On en a parlé longuement et vous avez entendu les déclarations de M. Spühler, conseiller fédéral; je vous ai rapporté ici le point de vue de M. Berger, qui est le délégué du Conseil fédéral à la construction de logements. M. Berger est également d'avis que les dispositions constitutionnelles actuelles sont trop étroites pour pouvoir mener une politique du logement.

Cette initiative n'est évidemment pas parfaite. Je reviendrai tout à l'heure sur un certain nombre de détails. Voilà pourquoi votre commission a discuté l'idée d'un contre-projet. Je regrette, personnellement, que le Conseil fédéral n'ait pas de lui-même proposé un contre-projet. Mais enfin c'est une situation de fait et l'idée d'un contre-projet a été refusée dans la commission par 10 voix contre 9, l'initiative elle-même étant rejetée ensuite par 11 voix contre 6. Dès ce moment, la minorité de la commission a proposé et vous propose un contre-projet d'article constitutionnel. La commission n'a pas eu le temps de se prononcer sur ce texte, puisqu'elle a refusé l'entrée en matière. Voilà pourquoi la minorité de la commission vous proposera d'entrer en matière sur le contre-projet et de renvoyer ce contre-projet à la commission. La majorité de la commission, en revanche, vous propose tout simplement de proposer au peuple et aux cantons le rejet pur et simple de l'initiative du mouvement populaire des familles, mais sans contre-projet.

Il y a en tout cas un point sur lequel votre commission est unanime: ce serait une grave erreur et un remède pire

que le mal que de vouloir confier aux pouvoirs publics et à eux seuls le soin de construire des logements. Il faut chercher une solution différenciée. Les pays qui ont voulu tout confier à l'Etat ont fait de très mauvaises expériences et continuent à les faire. Par conséquent, il faut trouver des solutions équilibrées; mais il n'est pas possible non plus de laisser simplement jouer les lois du marché. Nous l'avons dit dans les discussions sur la prolongation de la loi sur l'encouragement à la construction des logements. L'initiative privée, à elle seule, ne peut pas résoudre le problème. Il faut donc trouver une formule qui harmonise l'activité de l'Etat avec l'initiative privée. Il faut donc chercher des solutions plus équilibrées et votre commission s'est préoccupée de trouver des formules acceptables. Elle s'est préoccupée aussi de voir comment on pourrait à l'avenir favoriser l'initiative privée et, en même temps, favoriser l'accès à la propriété. C'est l'un des problèmes qui sera soulevé dans le contre-projet de M. Debétaz. Nous pensons en effet qu'il y a là une formule intéressante pour lutter contre la spéculation et pour donner la possibilité à ceux qui le peuvent et qui le désirent de devenir propriétaires de leur appartement ou de leur maison.

Si nous prenons le texte de l'initiative tel qu'il est présenté, il faut reconnaître que le terme de «droit au logement» peut prêter à confusion. Je dis «peut prêter à confusion», car certains ont voulu y voir un droit subjectif permettant à chaque personne ou à chaque famille d'ouvrir une action contre l'Etat, afin d'obtenir un logement.

Il ne s'agit évidemment pas de cela et la dernière lettre que nous venons de recevoir du Mouvement populaire des familles précise exactement ce dont il s'agit: il s'agit d'un droit social, c'est-à-dire qu'il y a lieu d'inclure dans la constitution des lignes directrices donnant à la Confédération la compétence de mener une politique dans le domaine du logement. Ces droits sociaux ne sont pas connus dans notre droit actuel, mais ils sont connus dans les constitutions d'autres pays et sont en particulier recommandés par la Déclaration universelle des droits de l'homme.

Le message du Conseil fédéral examine en détail tous les points de l'initiative. Je ne vais pas y revenir, sauf pour préciser deux choses: tout d'abord, le message parle assez longuement du problème des besoins de logements. Le problème des besoins individuels est évidemment un problème extrêmement délicat à préciser. Il n'appartient pas aux organes de l'Etat de déterminer quels sont les besoins de la famille, d'autant plus que ces besoins évoluent avec le temps. Ils sont plus modestes quand les ménages sont très jeunes; ils sont plus grands lorsque la famille a des enfants et ils redeviennent plus modestes au moment où les enfants sont mariés et ont quitté la famille. Il ne s'agit donc pas d'une notion de besoins individuels, mais d'une notion de besoins globaux. Comme l'a relevé tout à l'heure M. Bussey, il est évident qu'une politique du logement doit tenir compte des besoins globaux et des besoins selon les régions et selon les classes de la population. Par conséquent cette notion de besoin, qui ne me paraît effectivement pas très bien formulée dans l'initiative, est quand même l'un des éléments fondamentaux sur lesquels nous pouvons construire une politique du logement.

L'initiative contient également un second article concernant la protection des locataires en cas de pénurie. Ce problème a été très longuement discuté. Je pense que, sur ce plan-là, les oppositions sont assez fortes au parlement et dans l'opinion publique. C'est pour cette raison aussi que nous sommes d'avis que le texte de l'initiative n'est pas parfait. Voilà pourquoi il eût été sage et utile à notre avis de proposer un contre-projet, parce que le problème du

logement est posé et parce que nous ne pouvons pas le résoudre sur la base des articles constitutionnels actuels, qui sont insuffisants. Il faut donc avoir une base plus large. Je crois que le Conseil fédéral eût été bien inspiré de présenter un contre-projet et la minorité de la commission a eu raison de présenter un contre-projet sur lequel vous aurez à vous prononcer, soin étant laissé à la commission d'en débattre ensuite le texte. Voilà pourquoi la majorité de la commission vous propose, avec le Conseil fédéral, de recommander aux citoyens et aux cantons le rejet pur et simple de l'initiative. La minorité, estimant que le problème est extrêmement important, vous recommande d'entrer en matière sur le contre-projet, de suspendre les débats sur ce contre-projet et de renvoyer le contre-projet à la commission qui, avec le Conseil fédéral et l'administration, serait chargée de le mettre au point. Voilà dans quel sens je puis vous rapporter les décisions de votre commission.

M. Debétaz, rapporteur de la minorité: Il y aurait beaucoup de choses à redire à propos du rapport du Conseil fédéral sur l'initiative du Mouvement populaire des familles pour le droit au logement.

Il résulte de la page 3 du rapport que, selon le Conseil fédéral, il convient de se référer à la volonté populaire de rétablir l'économie de marché dans le secteur du logement. C'est solliciter l'opinion, et je mesure mes mots. Il faut se souvenir de l'alternative posée au peuple et aux cantons par l'additif de 1964. C'était un contrôle, puis une surveillance pour un temps limité, ou rien du tout. On n'a pas demandé au peuple s'il voulait des mesures d'une durée indéterminée, des mesures applicables dans les communes où il y a pénurie de logements, des mesures qui dureraient tant qu'il y aurait pénurie. Je proteste contre cette façon d'interpréter l'opinion populaire.

Si vous prenez ensuite la page 5 du même rapport, vous lisez les phrases suivantes: «Ce sont surtout de jeunes ménages ainsi que des personnes seules (rentiers, veuves, etc.) qui ont à supporter une charge relativement élevée pour leur logement. En pareil cas, le taux élevé que représente cette charge provient notamment du niveau très bas du revenu de ces catégories de personnes. Mais des taux extrêmes ne sauraient être pris en considération comme base d'appréciation pour l'adoption de mesures dans le secteur du logement. Il importe en effet de prendre en l'occurrence des dispositions visant à atteindre un objectif raisonnable.»

Et voilà: Les jeunes ménages, les rentiers, les veuves, des cas extrêmes! Où irait-on si l'on s'occupait des cas extrêmes, semble penser le Conseil fédéral. Il n'est pas question de les prendre en considération pour l'adoption de mesures dans le secteur du logement. Ils sont des milliers. Tant pis. Ils sont en dehors de notre objectif, précise le Conseil fédéral; et il a la cruauté de prétendre que cet objectif est raisonnable. Vous avouerez que c'est aller fort et agir trop à la légère.

Il y a une autre réflexion que je ne puis admettre lorsque l'on répond à notre demande d'attribuer des compétences aux pouvoirs publics pour lutter contre les abus. C'est bien d'abus qu'il s'agit, je tiens à le souligner, nous n'avons jamais eu l'idée de mettre sur pied un appareil tracassier. Nous savons, de plus, que c'est l'économie privée qui crée le plus d'appartements, près de 90%. Lorsque nous demandons de pouvoir lutter contre des abus, on nous répond: «Attention, si vous prenez les mesures que vous envisagez, vous allez détourner les capitaux du secteur de la construction.»

Faut-il, mes chers collègues, fermer les yeux sur des abus pour engager les détenteurs de capitaux à les investir dans des immeubles? Ce serait donner une bien piètre justification au droit de propriété, à l'économie de marché. M. Fischer, hier, a parlé du droit de propriété et de l'économie de marché. J'y suis attaché, comme notre collègue, et j'ai la conviction de défendre en droit et cette économie d'une façon plus humaine et plus équitable, par conséquent plus efficace, en participant aux efforts en vue de trouver une solution qui nous permette de prévenir ces abus, qui nous permette de les réprimer. De plus, comment parler d'économie de marché lorsque, précisément, il y a peu ou pas d'offres?

Je reviens à l'initiative du Mouvement populaire des familles. Le droit au logement, que les auteurs de cette initiative demandent d'inscrire dans la constitution, donne des sueurs froides à plusieurs membres de ce Conseil. Je reconnais que c'est un droit difficile à définir. Mais cela ne signifie pas qu'il faille s'opposer sans autre à cette initiative. Elle contient des éléments qui méritent d'être défendus. C'est ce qui m'a engagé à déposer un contre-projet avec huit collègues de la minorité de la commission. Le contre-projet contient trois parties. Dans le 1^{er} alinéa, nous disons que la Confédération peut légiférer en matière de logement, notamment pour permettre aux familles et aux personnes seules d'obtenir un logement répondant à leurs besoins et à leurs moyens, et pour faciliter l'acquisition du logement en propriété. Chacun reconnaît, on l'a rappelé ce matin, que la base constitutionnelle de la loi fédérale pour l'encouragement à la construction de logements est fragile. Le 1^{er} alinéa du contre-projet doit donc consolider cette base, l'élargir, donner plus d'efficacité à l'encouragement fédéral en faveur de la construction d'appartements. Il convient en outre de faciliter l'acquisition de logements en propriété.

Pourquoi les 2^e et 3^e alinéas du contre-projet. Nous ne doutons pas des intentions constructives du Conseil fédéral. Mais ces bonnes intentions ne produiront leurs effets que dans plusieurs années, le Conseil fédéral lui-même l'admet. La pénurie, elle, est là; elle existe dans plusieurs localités du pays, personne ne le conteste. C'est pour cela que nous avons prorogé le régime de la surveillance des loyers. Nous admettons tous que cette pénurie n'aura pas disparu à la fin de 1970. Le Conseil fédéral déclare, lui-même, que dans certains grands centres, elle risque d'avoir un caractère durable. Nous avons le devoir d'utiliser le délai supplémentaire qui nous est fourni par la prorogation citée, pour établir une réglementation donnant aux pouvoirs publics les moyens de lutter contre les abus dans les communes où il y a pénurie de logements ou de locaux, aussi longtemps que cette pénurie durera. C'est le but que poursuit le 2^e alinéa du contre-projet. Le 3^e alinéa prévoit que la compétence appartient aux cantons si la Confédération ne l'utilise pas.

Notre contre-projet, vous devez le constater, n'a rien de révolutionnaire. L'initiative du Mouvement populaire des familles, non plus, n'a rien de révolutionnaire. Vous acquerez cette conviction en lisant le récent message, objectif, que les responsables de cette initiative viennent d'adresser aux parlementaires.

Nous allons modifier le code des obligations. Il en résultera une limitation du droit de résiliation qui représentera une réelle protection pour le locataire. Est-il vraiment nécessaire de compléter la constitution par une disposition donnant la compétence aux pouvoirs publics de lutter contre les loyers et les hausses abusifs? nous demande-t-on. Il est vrai que nous allons modifier le code des obligations et je souhaite que la thèse du Conseil fédéral et du Conseil

national l'emporte. Ce sera bien, mais cela ne sera pas suffisant. Ce sera bien pour les personnes qui ont un logement et qui désirent le conserver. La limitation du droit de résiliation ne sera d'aucun secours pour les personnes qui sont à la recherche d'un appartement, pour les jeunes couples, pour tous ceux qui désirent un appartement plus petit parce que les enfants devenus grands ne vivent plus avec eux et pour les personnes qui doivent trouver un nouveau logement dans une autre localité, dans un autre quartier, pour des raisons professionnelles. Il est bien d'agir au niveau de la résiliation, il est nécessaire de pouvoir agir également au niveau des loyers si l'on veut éviter que la pénurie de logements ou de locaux fasse pression sur les prix. Ce n'est personne d'autre que le représentant du Conseil fédéral, le délégué du Conseil fédéral à la construction de logements, qui déclarait en séance de commission le 12 mai 1969: «Es ist vorauszusehen, dass nach Inkrafttreten dieser Bestimmungen – la modification du code des obligations – der Vermieter jeden Mieterwechsel zum Anlass einer Erhöhung des Mietzinses nehmen wird; die Vorlage wird keine dämpfende Wirkung auf den Mietzins auszuüben vermögen.»

Encore une fois, il faut éviter que la pénurie de logements fasse pression sur les prix et il n'est pas question de mettre sur pied un appareil administratif tracassier. Je reviens quelques secondes aux propos de M. Fischer, de Berne, qui m'a mis hier en cause avec la tranquille courtoisie à laquelle il se laisse aller lorsqu'il monte impétueusement à cette tribune. Il y a longtemps, mon cher collègue, que nous intervenons en vue de doter les pouvoirs publics de moyens qui leur permettent de lutter contre les abus en matière de loyers. Vous avez lu le rapport du Conseil fédéral sur l'initiative du canton de Vaud. Vous avez probablement constaté qu'au début de 1963 déjà, je suis intervenu d'une façon semblable à celle d'aujourd'hui. Et si vous prenez le même rapport à la page 4, vous apprenez que, malgré cette attitude, la ville de Lausanne – c'est une ville vaudoise, mon cher collègue! – la capitale du canton de Vaud est celle des cinq principales villes suisses qui a mis le plus d'appartements nouveaux sur le marché par millier d'habitants. Le rapport du Conseil fédéral souligne que la construction a été intense à Lausanne ces dernières années. Il ne faut donc pas dire que notre attitude détourne les capitaux du secteur immobilier dans notre canton.

Je répète que nous voulons éviter que la pénurie de logements ou de locaux ne fasse pression sur les prix. Nous ne voulons pas être désarmés lorsqu'une personne s'adresse aux pouvoirs publics et leur déclare, preuve à l'appui: «J'ai trouvé un appartement à tel ou tel endroit, mais le loyer qui m'est demandé a été considérablement augmenté par rapport à celui que payait le précédent locataire. Il est beaucoup trop élevé.» Si vous dites non à l'initiative du canton de Vaud, non à l'initiative du Mouvement populaire des familles et non au contre-projet, les pouvoirs publics ne pourront répondre que ceci aux locataires victimes de véritables abus: «Nous sommes décidés à construire d'une façon accrue. Nous avons amélioré la loi fédérale sur l'encouragement à la construction de logements. Des études sont conduites très activement en faveur du projet de révision de cette loi afin d'en accroître l'efficacité. Dans x années cela ira mieux.»

A défaut d'un bel appartement, cela fera une belle jambe, si vous me passez l'expression, à la personne que la pénurie place dans l'obligation de louer l'appartement dont elle a un besoin absolu, en acceptant les conditions abusives qui peuvent lui être dictées par son propriétaire ou le représentant de celui-ci.

J'ai déjà dit que nous avons le devoir de profiter du délai supplémentaire qui nous est fourni par la prorogation du régime de la surveillance des loyers pour établir un système donnant aux pouvoirs publics les moyens de lutter contre les abus. Je répète que c'est aussi dans ce but que j'ai préparé, avec huit collègues de la minorité de la commission, le contre-projet que vous avez maintenant sous les yeux. Loin de moi l'idée de prétendre qu'il a toutes les vertus. J'admets qu'il puisse être amendé, modifié, remanié, remplacé par un autre projet de la commission ou même, pourquoi pas, du Conseil fédéral. L'expérience que nous venons de vivre avec la prorogation de la surveillance des loyers est là pour nous montrer qu'il ne faut jamais désespérer; et M. Spühler, conseiller fédéral, a fait tout à l'heure des déclarations encourageantes. J'admets que notre contre-projet soit modifié, mais à la condition que le texte nouveau élargisse la base constitutionnelle nécessaire à un encouragement plus efficace de la construction de logements et qu'il donne aux pouvoirs publics la possibilité de lutter efficacement aussi contre les abus, et à la condition encore que nous agissions de telle manière que nous ne nous trouvions pas de nouveau, à la fin de 1970, dans l'obligation de recourir à une procédure d'urgence.

C'est dans cet esprit que je me rallie à la manière d'agir préconisée par MM. les rapporteurs de notre commission.

Allgemeine Beratung – Discussion générale

M. Dafflon: Le 20 septembre dernier, pour la première fois dans notre pays, 6000 personnes venant de toutes les régions du pays manifestaient sur la place du parlement fédéral leur appui à l'initiative pour le droit au logement. En fait, les manifestants représentaient les 83 000 signataires de l'initiative, mais ils étaient également les interprètes de centaines de milliers de locataires, de pères de famille angoissés par le grave problème de la pénurie des logements. Cette pénurie qui les laisse à la merci de la fantaisie ou de la rapacité de leur propriétaire, de leur régisseur ou encore de la société anonyme qui gère l'immeuble dans lequel ils habitent. Il a bien fallu que le problème soit grave pour que se réunissent, dans des comités cantonaux de défense et d'action pour le droit au logement, des organisations très disparates, par exemple des offices sociaux catholiques, protestants et laïques, des organisations syndicales rattachées à l'Union syndicale suisse, à la Confédération des syndicats chrétiens, aux syndicats protestants et parfois à ceux d'obédience radicale. A côté d'eux, il y avait aussi les associations d'employés de commerce, d'employés de banque, de fonctionnaires municipaux, cantonaux, fédéraux où se tenaient côte à côte les employés, les ouvriers et les cadres. Dans ces organisations, dans ces comités cantonaux figuraient aussi les associations de défense des vieillards, des sections cantonales du parti catholique chrétien-social, du parti socialiste et le parti du travail. Tous ont été unanimes pour la mise sur pied de l'initiative pour le droit au logement. Que demande cette initiative? Premièrement, inscrire dans la constitution le principe du droit au logement. Le texte dit ceci: «La Confédération reconnaît le droit au logement et à cet effet prend les mesures nécessaires pour que les familles et les personnes seules puissent obtenir un logement répondant à leurs besoins et dont le loyer ou le coût n'excède pas leur capacité financière. Les lois édictées en vertu de cet alinéa seront exécutées avec le concours des cantons. Appel pourra être fait à la collaboration de corporations de droit public et privé.» En fait, ce premier passage de l'initiative implique une

demande à la Confédération d'une construction massive de logements à particulièrement bon marché. Et dans une lettre que nous venons de recevoir, adressée par le Comité d'action suisse pour le droit au logement, ce comité a donné les précisions suivantes: «Dans la notion du droit au logement, en proposant que la Confédération reconnaisse le droit au logement, nous entendons que soit inscrite dans la constitution la reconnaissance explicite du droit de chaque personne et de chaque famille à être logée et que, en application de cette reconnaissance, la Confédération élabore un programme qui assure en permanence un marché du logement équilibré sur le triple plan de la quantité, de la qualité et du coût. Il est manifeste que les bases constitutionnelles actuelles ne donnent pas à la Confédération la compétence d'élaborer un tel programme, mais restreignent sa compétence au cadre limité consistant à appuyer les efforts en faveur de la famille. C'est à cette compétence limitée que se heurte toute volonté législative qui voudrait aller au-devant de l'aide aux familles de condition très modeste. Il est donc bien évident, poursuit le Comité, que c'est uniquement dans ce but qu'il faut interpréter la première partie de l'initiative pour le droit au logement.»

Le deuxième point de l'initiative demande que, tant qu'il y aura pénurie dans un canton ou une région, il y aura protection des locataires contre les hausses de loyer excessives et contre les congés injustifiés. Là aussi le comité d'action s'est expliqué. Pour la protection des locataires il précise ceci: «L'initiative ne fixe pas quelles seront les mesures à prendre pour protéger les locataires contre des hausses excessives ou des résiliations injustifiées. Il appartiendra à la loi de les fixer. Nous tenons à préciser que ce qui a rendu les mesures de surveillance des loyers souvent inopérantes ou peu utilisées, c'est qu'elles étaient destinées à disparaître à une date déterminée sans que les locataires aient la certitude qu'à cette date le marché du logement serait équilibré et qu'ils pourraient trouver un logement à leur convenance. Dans ces conditions, il est compréhensible que de très nombreux locataires aient renoncé à faire usage des droits que leur donnait la loi ou aient donné leur accord aux premières propositions de leur propriétaire lors des tentatives de conciliation.» Il est vrai, et j'aimerais le souligner ici, que dans les formules expédiées par les propriétaires aux locataires, leur annonçant les hausses de loyer, il y avait une clause qui disait en substance ceci: «Au cas où vous n'accepteriez pas le nouveau loyer qui vous est proposé, vous voudrez bien considérer la présente comme une résiliation de votre bail». Simplement, cette petite phrase figurant au bas de la notice de hausse des loyers contribuait à empêcher que quantité de locataires fassent opposition à la hausse.

Dans la lettre explicative, le comité d'action dit encore ceci: «L'initiative fixe que ces mesures seront applicables tant que la pénurie de logements subsistera. De cette façon, les locataires ne craindront plus les conséquences d'une opposition devant toute hausse manifestement excessive. Il appartiendra à la loi de fixer les critères selon lesquels le marché du logement peut être considéré comme équilibré. Ces critères ne devront pas seulement tenir compte d'un pourcentage déterminé de logements vacants; ils devront tenir compte également de la demande effective de logements selon la grandeur des loyers.» Il est vrai que le pourcentage de logements vacants n'est pas déterminant. Les statistiques que nous connaissons aujourd'hui, qui sont fournies par les municipalités ou par les cantons, font figurer dans les logements vacants les logements de grand luxe dont le loyer est absolument inabordable pour un

salarié même de condition aisée, même pour un cadre; il figure également dans ces statistiques les appartements à vendre. Quant aux appartements à vendre, j'ai là des exemples pris dans la «Feuille d'Avis officielle de Genève», où nous voyons que des appartements sont mis à disposition, par exemple un studio pour 100 000 francs. Pour un appartement de 5 pièces, dans lequel figure la cuisine, puisqu'à Genève on compte la cuisine parmi les pièces, 350 000 francs. Et vous avez des chiffres de 510 000 francs, 525 000 francs, 670 000 francs, 770 000 francs. J'arrêterai là cette énumération. Je pense vous avoir convaincus que, dans les statistiques, les logements à ces prix faussent complètement la demande de logements à prix abordables.

La pénurie de logements est générale dans toutes les régions du pays. La construction de logements est en régression. Nous lisons dans «La vie économique» de février ce qui suit sur la situation du logement: «Après que le plus haut niveau de production eut été atteint en 1965 avec 53 000 logements nouveaux, un fléchissement a caractérisé la conjoncture du bâtiment». J'ai donné des chiffres hier; je n'en rappellerai que deux: pour 60 000 logements environ construits en 1965, la demande est tombée à 53 000 en 1968. Pendant ce temps-là, les démolitions atteignaient le 7% de la production de nouveaux logements dans les grandes villes et le 5% dans les autres régions.

Vous avez entendu hier M. Welter-Zurich, nous donner la situation du logement à Zurich. Il nous indiquait que le pourcentage des logements vacants était de 0,05, qu'il y avait 400 familles comprenant 1600 personnes qui vivaient dans des baraques et dans des logements insalubres. A Genève, la situation est dramatique. En septembre 1968, c'est-à-dire il y a une année, 2800 personnes congédiées et sans appartement étaient à la recherche d'un logement. Une année plus tard, le 31 octobre dernier, ce chiffre est monté à 3932 personnes, c'est-à-dire que près de 4000 personnes sont sans appartement ou congédiées. A côté de ces chiffres, le Bureau cantonal du logement enregistre 18 000 demandes d'appartements. Nombre des personnes ainsi concernées habitent des appartements trop chers, trop éloignés, trop exigus ou insalubres. Et l'on tolère cette situation qui permet de livrer les locataires à l'escroquerie. La presse d'aujourd'hui nous indique que les tribunaux genevois sont saisis de nombreuses plaintes contre les dirigeants d'officines qui s'intitulent «Bureau de logement». 6000 personnes ont été escroquées par ces officines, où on leur demande de l'argent et on ne leur promet que du vent. En effet, ces officines ne font qu'élaborer une liste de logements dits libres relevés dans la presse, mais tout cela est aléatoire. Une arrestation a été effectuée et «l'intéressé» a été inculpé. Une telle situation risque de s'étendre à d'autres cantons.

C'est pourquoi le groupe du Parti du travail est certain que l'initiative pour le droit au logement peut apporter si ce n'est pas la solution complète, du moins une sensible partie de celle-ci. C'est pourquoi il votera pour le renvoi de l'initiative devant le peuple, avec un préavis favorable.

Face au contre-projet, nous demandons que ne soient pas opposés et l'initiative et le contre-projet, soit que les votes aient lieu séparément. Si l'initiative était refusée, le groupe du parti du travail votera le contre-projet, partant du principe «qui peut le plus, peut le moins».

Präsident: Es sind noch 11 Redner eingetragen. Ich will die Redezeit der Fraktionssprecher nicht abkürzen. Dagegen möchte ich sie bitten, sich möglichst kurz zu fassen. Aber ich beantrage Ihnen, dass für die übrigen Redner,

die nicht im Auftrage der Fraktion sprechen, die Redezeit wieder auf zehn Minuten beschränkt werde. Wird ein anderer Antrag gestellt? – Das ist nicht der Fall, es ist so beschlossen.

Ich möchte Ihnen im weitem sagen, diese beiden Geschäfte, die jetzt noch auf der Tagesordnung stehen, sollten wir unbedingt heute erledigen können.

M. Bussey: Je voudrais, très brièvement et sans entrer une nouvelle fois dans le fond même du problème qui nous occupe, présenter ici quelques réflexions pour préciser l'attitude du groupe socialiste de l'Assemblée fédérale.

Tout d'abord, les intéressants débats que nous avons eus dans cette salle ont permis de mettre en lumière l'essentiel concernant la situation du logement en Suisse et, singulièrement, les inacceptables manquements de notre législation. Ainsi, je pense me permettre d'éviter des répétitions pour gagner du temps.

Nous regrettons, et nous le disons très fermement, que le Conseil fédéral n'ait pas jugé opportun de tout mettre en œuvre pour permettre qu'un vote populaire sur cette initiative s'organise rapidement dans des conditions acceptables. Les arguments avancés par le gouvernement sont, légalement parlant, inattaquables. Il n'en demeure pas moins que l'observation du délai de plus de deux ans, à compter du jour où l'initiative a été déposée, crée dans le cas particulier un climat de méfiance qu'il eût été aisé d'éviter. Il s'y ajoute une déception profonde, car nous persistons à penser que nos institutions politiques offrent des possibilités rapides de procédure; il eût été facile de présenter des propositions acceptables pour faciliter la solution d'un problème social. Envisager le politique et satisfaire l'humain eût été un objectif apprécié. C'eût été même réconfortant pour le citoyen qui, se refusant de contester seulement, entend s'intéresser et participer. Dans une époque qui flatte la critique, les 83 526 signataires de l'initiative du Mouvement populaire des familles étaient en droit de souhaiter un dialogue. La démocratie directe a ses exigences. Personne ici ne conteste que nous manquons furieusement d'une politique du logement qui soit simplement dynamique. Et que constate-t-on? Plutôt qu'un dialogue, le Conseil fédéral propose tout simplement le rejet de l'initiative qui nous occupe et ceci sans contre-projet.

Le groupe socialiste ne saurait accepter cette solution de facilité. Il affirme ici qu'une base constitutionnelle est indispensable pour promouvoir une véritable politique du logement. Dès lors, nous nous réservons de faire ou d'appuyer toute proposition permettant au peuple suisse de se prononcer sur un article de la constitution qui respectera le sens souhaité par l'initiative du Mouvement populaire des familles.

Bärlocher: Ich möchte mich vor allem mit einigen rechtlichen Gesichtspunkten der Initiative und des Gegenvorschlages von Herrn Debétaz auseinandersetzen.

Jeder Mensch hat ein Recht auf sein eigenes Leben. Er muss also auch ein Recht auf die Mittel haben, um dieses Leben zu erhalten. Daraus ergibt sich das Recht auf Nahrung, auf Kleidung, auf eine Behausung. Die Menschenrechtskonvention der Vereinigten Nationen geht noch weiter. In der Erkenntnis, dass der Mensch nicht nur ein physisches Wesen, sondern eine mit Vernunft und Gewissen begabte Persönlichkeit ist, wird das Recht auf Freiheit und Sicherheit der Person, das Recht auf Eigentum, das Recht auf Religions- und Gewissensfreiheit, auf Bildung und soziale Sicherheit deklariert. In der Präambel wird die

Erklärung der Menschenrechte als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal bezeichnet.

Die Staatsverfassung eines freiheitlichen, zivilisierten Staates darf gewiss nicht gegen diese Ideale verstossen. Sie müssen gewährleistet sein. Das bedeutet andererseits nicht, dass eine Verfassung den ganzen Katalog der Menschenrechte wiedergeben muss, denn diese Rechte können auch in einem Oberbegriff enthalten sein. Im Begriff der «allgemeinen Wohlfahrt» ist miteingeschlossen, dass der Staat die primären Lebensbedürfnisse des Volkes sicherstellt, wobei in einem föderalistischen Staatengebilde die Aufgabe unter die verschiedenen Kompetenzträger aufgeteilt sein kann. Es fragt sich also, ob in unserem Staatswesen das Recht auf Wohnung verfassungsmässig festgelegt werden muss und wenn ja, wie die Kompetenzzuweisung zwischen Bund und Kantonen erfolgen soll.

Die Initiative will das Recht auf Wohnung in der Bundesverfassung verankern. Der einleitende Satz «Der Bund anerkennt das Recht auf Wohnung» ist rein deklamatorisch, solange unter diesem Recht nicht auch ein subjektiver Ausspruch des Berechtigten gegenüber dem Staat verstanden wird. Was nützt ein Recht, wenn man es nicht durchsetzen kann? Es ist also anzunehmen, dass sich die Initianten einen klagbaren Anspruch gegen den Staat vorstellen. Wie weit soll dieser Anspruch gehen? Der Staat hat – so sagen die Initianten – «die notwendigen Massnahmen zu treffen, damit Familien und Einzelpersonen sich eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung beschaffen können, deren Mietzins oder Kosten ihre finanzielle Leistungsfähigkeit nicht übersteigt». Diese Anweisung ist nicht sehr aussagekräftig. Welche Massnahmen fallen in Betracht? Um welche Bedürfnisse handelt es sich, die erfüllt sein müssen? Können diese Bedürfnisse objektiviert werden, oder müssen die subjektiven Wünsche der Wohnungssuchenden berücksichtigt werden? Verhältnismässig einfach könnte das tragbare Verhältnis des Mietzinses zur finanziellen Leistungsfähigkeit festgesetzt werden.

Eine klare Antwort erteilt die Initiative hinsichtlich der kantonalen Hoheit. War es bis anhin Sache der Kantone und Gemeinden, dafür zu sorgen, dass niemand unter Obdachlosigkeit litt, soll nun das Wohnungswesen ganz in die Kompetenz des Bundes übertragen und den Kantonen nur noch die Vollzugsfunktion anvertraut werden. Diese Insuffizienzklärung der Kantone durch eine Initiative, die ausgerechnet aus der angeblich föderalistisch eingestellten Westschweiz stammt, ist bemerkenswert. Von der Sache her betrachtet dürfte der Kanton besser in der Lage sein, den Wohnbedarf seiner Einwohnerschaft im Zusammenhang mit der regionalen Entwicklung der Wirtschaft zu beurteilen und die notwendigen Massnahmen zu treffen. Eine Förderung und Unterstützung durch den Bund sollte auf jeden Fall genügen. Die Initiative aber stellt das Subsidiaritätsprinzip auf den Kopf. – Wie wenig die Initianten auch der Bundeskompetenz vertrauen, ergibt sich aus dem zweiten Absatz des Initiativtextes. Allen Kompetenzen des Bundes zum Trotz wird eine regional begrenzte Mangellage für möglich oder wahrscheinlich gehalten, so dass der Bund im Einvernehmen mit den betreffenden Kantonen zeitlich begrenzte Massnahmen zum Schutz von Familien und einzelnen Personen vor ungerechtfertigten Mietvertragskündigungen, gegen übersetzte Mietzinse und gegen alle anderen Missbräuche treffen sollte. Über die Problematik solcher Eingriffe ist man sich im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte wohl in allen einsichtigen Kreisen klar geworden.

Man muss sich in diesem Zusammenhang fragen, warum bei einer staatlich gelenkten Wohnwirtschaft – und auf das läuft die Initiative in ihrer Konsequenz hinaus – nicht auch

mit einer Überschuss-Situation gerecht wird. Der Wohnungsbedarf lässt sich nie genau vorausberechnen. Von der Planung bis zur Verwirklichung von Bauvorhaben vergehen Jahre, und die Bedarfsprognosen sind ungenau. Mangelserscheinungen können in Überangebote umschlagen. Heute wünscht man einen grösseren Leerwohnungsbestand. Wenn der Staat mit interventionistischen Massnahmen diesen Leerwohnungsbestand herbeiführt, entspräche es einem Gebot der Gerechtigkeit, dass er die Eigentümer von Leerwohnungen für den Mietzinsausfall entschädigt. Davon hat bis heute niemand gesprochen.

Die Zielvorstellung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung wird in der Botschaft des Bundesrates zutreffend damit umschrieben, dass sich möglichst viele Glieder der Gesellschaft auf die Dauer eigenverantwortlich, ohne sozialpolitische Subventionen, behaupten können. Wer die Initiative «Recht auf Wohnung» ablehnt, lehnt keineswegs ihren Grundgedanken ab. Der moralische Anspruch auf eine menschenwürdige Wohnung ist unbestritten. Unbestritten ist die Aufgabe des Staates und der Gemeinden, die notwendige Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Von hier bis zur zentral geleiteten staatlichen Wohnwirtschaft mit amtlicher Fixierung des Wohnbedürfnisses und Wohnungsstandards ist aber ein weiter Weg, ein Weg, den wir nicht beschreiten wollen, weil Länder mit vorwiegend staatlich gelenkter Wohnwirtschaft durchwegs schlechtere Verhältnisse aufweisen.

Die Initianten waren einsichtig genug, ihre Initiative zugunsten eines Gegenvorschlages mit einer Rückzugs-klausel zu versehen. Herr Kollege Debétaz hat den Versuch eines solchen Gegenvorschlages unternommen. Dieser bietet weniger Angriffsflächen, weil er von einem subjektiven öffentlichen Rechtsanspruch absieht. Aber bietet er überhaupt etwas, dessen wir heute oder in Zukunft bedürfen? Wollen wir das Wohnungswesen ganz dem Bund übertragen? Eine solche Ordnung würde zu einem starken Eingriff in die Autonomie der Kantone und Gemeinden führen. Die grosse Mehrheit der Kantone und Gemeinden wird damit nicht einverstanden sein. Sie hätten nichts mehr zu sagen, als beim Vollzug mitzuwirken. Der Gegenvorschlag enthält auch keinerlei Begrenzung der Bundeskompetenzen. Jeder dirigistische Eingriff wäre möglich, denn die besondere Zielsetzung ist durch das Wort «insbesondere» keineswegs abschliessend umschrieben. Was das Bedürfnis einer «entsprechenden» Wohnung rechtlich bedeutet, ist auch hier sehr unklar.

Im weiteren sieht auch der Gegenvorschlag eine neue Mietzinskontrolle für Gemeinden vor, in denen Mangel an Wohnungen und Lokalen herrscht. Wer entscheidet, ob und wann eine Mangellage eingetreten ist und wann sie aufhört? Muss der Mangel genereller Art sein, oder genügt der Mangel auf einem bestimmten Sektor? Der Gegenvorschlag macht den Eindruck, etwas aus dem Handgelenk konzipiert zu sein. Es ist gefährlich, auf diese Weise Verfassungsrecht zu schaffen. Wir dürfen auch nicht übersehen, dass zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse bereits zahlreiche gesetzliche Bestimmungen bestehen. Wir haben den Bodenrechtsartikel und warten mit Ungeduld auf die Ausführungsgesetzgebung. Wir haben das Wohnbauförderungsgesetz, das nach drei Jahren durch eine wirksamere Ordnung abgelöst werden soll. Bis dahin wird es sich zeigen, ob die Verfassungsgrundlage von Artikel 34 quinquies der Bundesverfassung erweitert werden muss. Wir haben schliesslich die im Entwurf vorhandenen Bestimmungen gegen unzumutbare Kündigungen im Obligationenrecht. Wir haben nach wie vor die Massnahmen der Kantone und Gemeinden, die nicht jeder Initiative und Aufgabe beraubt

sein wollen. Ein Gegenvorschlag, wie immer er aussehen mag, schafft nur Verwirrung. Besser wäre es, Baulanderschliessung und Infrastrukturverbesserung zu betreiben, die noch zu wenig ausgeschöpften Möglichkeiten des sozialen Wohnungsbaues wahrzunehmen und dort, wo es nottut, mit Mietzinszuschüssen nachzuhelfen.

Die Anreicherung unserer Bundesverfassung mit etatistischen Zielen oder blossen Deklamationen aber sollte unterbleiben. Das eine wäre ein Schlag gegen die private Wohnwirtschaft und würde zu einer Verschlechterung der Wohnungsversorgung führen, das andere wäre Leerlauf und würde von den wirklichen Bedürfnissen ablenken.

Die konservativ-christlichsoziale Fraktion hat mit grosser Mehrheit den Anträgen der Kommission zugestimmt. Ich bitte Sie daher, die Initiative, ohne Gegenvorschlag, Volk und Ständen zur Verwerfung zu empfehlen.

Gugerli: Das zur Diskussion stehende Volksbegehren erstrebt Ziele, die bei der Bereinigung eines politischen Wunschzettels in der Vorweihnachtszeit recht angenehm tönen. Bei realer Betrachtung erkennen wir aber Forderungen, die zu erfüllen selbst bei reichen Möglichkeiten und bestem Willen in dieser Form Wunschtraum bleiben muss.

Schon der erste Satz der geforderten neuen Verfassungsbestimmung mit der Anerkennung des Rechtes auf Wohnung und Ergreifung von Massnahmen, «damit Familien und Einzelpersonen sich eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung beschaffen können, deren Mietzins oder Kosten ihre finanzielle Leistungsfähigkeit nicht übersteigen», schliesst Forderungen in sich, deren Abgrenzung für den Einzelfall schon so fraglich wäre wie die materielle Verwirklichung.

Namens der Fraktion der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei beantrage ich, in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Kommission und dem Bundesrat, die Verwerfung des Volksbegehrens zu empfehlen und auf einen Gegenvorschlag zu verzichten.

Diese Stellungnahme erfolgt aus der positiven Einstellung zu allen realen Möglichkeiten, im Sektor des Wohnungsbaus gesamtschweizerisch zur Normalisierung der Verhältnisse zu kommen. Diesen Forderungen sollte mit der Verlängerung der Kündigungsbeschränkungen und auch mit der soeben verabschiedeten Wohnbauvorlage für heute Genüge getan sein.

Raissig: Die radikal-demokratische Fraktion hat mit grossem Mehr die Ablehnung der Initiative «Recht auf Wohnung» beschlossen, ebenso die Ablehnung des Gegenvorschlages der Kommissionsminderheit, also des Antrages, dem Volk einen Gegenvorschlag vorzulegen, und sie lehnt auch die Standesinitiative Waadt ab (diese steht zwar jetzt nicht zur Diskussion, aber ich beziehe diese in meine Betrachtungen ein, damit ich das Wort nicht noch einmal verlangen muss).

Mit dem eigentlichen Inhalt von Absatz 1 der Initiative – Schaffung des verfassungsmässigen Rechtes des Bürgers auf eine Wohnung – brauche ich mich nicht in allen Einzelheiten auseinanderzusetzen. Diese Forderung hat keineswegs nur deklamatorischen Wert wie schon gesagt wurde. Sie verlangt ganz konkret, dass der Bund Massnahmen treffe, damit jede Familie und jede Einzelperson sich eine Wohnung beschaffen könne, die ihren Bedürfnissen und ihren finanziellen Mitteln entspreche. – Das ist eine Forderung, die *a priori* unmöglich, unrealisierbar ist. Wie soll der Bund Massnahmen treffen können, damit jeder genau die Wohnung erhält, die seinen Wünschen entspricht und die gleichzeitig nicht mehr kostet als er zahlen kann? In der

Botschaft des Bundesrates steht mit Recht, dass das zu einem staatlich geleiteten Wohnungsbau führen müsste. Ich glaube, dass diese Idee für unsere wirtschaftlichen und staatspolitischen Verhältnisse dermassen absurd ist, dass sie kaum eine ernsthafte Diskussion benötigt.

Was indessen mehr Aufmerksamkeit erfordert, ist der Absatz 2 der Initiative, der eine Parallele auch im Gegenvorschlag hat und der Gegenstand der waadtländischen Standesinitiative ist, nämlich die Forderung, sowohl den Mieterschutz im Sinne der Kündigungsbeschränkungen wie den Schutz vor übersetzten Mietzinsen und von Mietzinserhöhungen durch den Bund wieder einführen zu lassen.

Was den Kündigungsschutz anbetrifft, müsste man jedenfalls abklären, wie diese Forderung auf Einführung einer Verfassungsbestimmung über den Mieterschutz sich zum Vorschlag des Bundesrates verhält, einen Mieterschutz durch Revision des Obligationenrechtes einzuführen, welche Revision gegenwärtig beim Ständerat zur Differenzbereinigung liegt.

Zwei verschiedene sich widersprechende Bestimmungen über die gleiche Materie in verschiedenen Gesetzen zu haben, wird wohl kaum möglich sein. Entweder treffen wir die Lösung im Obligationenrecht, oder aber wir schaffen ein Spezialgesetz auf Grund des geforderten Verfassungszusatzes; aber beides zusammen wird wohl nicht möglich sein.

Es fragt sich, ob wir nicht die Beratung über den Vorschlag des Bundesrates (Lösung via Obligationenrecht) einstellen sollten, bis das Volk über die Initiative «Recht auf Wohnung» entschieden hat.

In zweiter Hinsicht verlangt die Initiative die Wiedereinführung der Preiseingriffe, also praktisch der Mietzinskontrolle. Sie beschränkt sich zwar auf Ortschaften, wo Wohnungsknappheit herrscht. Aber glauben Sie, dass etwa die Stadt Lausanne, die unter allen Schweizer Städten mit Abstand am besten dasteht, jegliche Kompetenz zur Mietzinskontrolle aufgäbe? Nachdem, was ich in den letzten Jahren gehört habe, wird sie das nicht tun. Die Preiskontrolle, wie sie nach der Initiative möglich wäre und wie wir sie aus den Kriegsjahren kennen, bedingt einen ganz neuen Apparat zur Kontrolle der bestehenden Mieten – das ist die erste Forderung. Von Amtes wegen oder mindestens auf Begehren des Mieters müssten die Behörden die wirtschaftlichen Verhältnisse jedes Hauseigentümers überprüfen. Sie müssten die Liegenschaften einschätzen, wobei bekanntlich jede Willkür möglich ist; sie müssten feststellen, wie sich die Mietzinseinnahmen zusammensetzen sollen, wie viel der Zins für das Eigenkapital betragen darf, wie viel vom Mietzins für Unterhalt des Gebäudes, für Modernisierung, für Amortisation zu verwenden wäre usw. Das wäre die Wiedererstellung der Preiskontrolle mit den Methoden und auch der Mentalität des Strafuntersuchungsrichters.

Die Verhinderung übersetzter Mietzinserhöhungen – die letzte Forderung – würde die Prüfung aller Mietzinserhöhungen bedingen. Das erheischt ein Verbot jeder Mietzins-erhöhung ohne staatliche Bewilligung und ist genau das, was wir in der Kriegswirtschaft hatten und in den letzten Jahren mit Mühe und Not lockern und schliesslich aufheben konnten.

Die Nachteile einer solchen Ordnung schildert die bundesrätliche Botschaft mit erfreulicher Klarheit. Ich bitte Sie auf Seite 12, Mitte, die Zusammenfassungen nachzulesen, wo unter anderem über die Wirkung einer solchen staatlichen Eingriffsgesetzgebung steht: «Die Erfahrungen in allen westlichen Ländern haben gezeigt, dass das System der Mietpreiskontrolle und Mietzinsüberwachung nicht geeignet ist, das Wohnungsproblem zu lösen.» Wenn Sie

das nicht *tel quel* glauben, studieren Sie einmal das Wohnungswesen in Frankreich, etwa in Paris. Das Regime de Gaulle hat vor einigen Jahren sehr viel Geld ausgegeben, um die Fassaden der Häuser in Paris zu renovieren. Das Bild hat sich äusserlich etwas gewandelt. Gehen Sie aber irgendwie in ein kleines Seitengässchen hinein, oder betreten Sie vielleicht einmal den Hof eines grossen Häuserblockes, so finden Sie ein schauerliches Bild des Zerfalls. Oder studieren Sie einmal das österreichische Wohnungswesen. Österreich hat praktisch bis in die allerletzten Jahre nie etwas gelockert. Das grenzt schon ans Tragikomische, das Regime, das Österreich für die Lenkung – besser gesagt für die Verhinderung des Wohnungsbaus hat. Vergleichen Sie daneben einmal Belgien. Belgien hat alle diese staatlichen Eingriffe aus der Kriegszeit schon in den fünfziger Jahren aufgehoben. In Belgien ist der Wohnungsmarkt normal ohne dass der Staat allzu viel beitragen müsste.

Die Botschaft erklärt weiter, die Mietzinskontrolle führe zu ernststen sozialen Ungerechtigkeiten. Ich möchte diesen Satz nur festhalten; auf einen Kommentar kann ich verzichten. Aber den letzten Satz dieser Zusammenfassung möchte ich Ihnen doch vorlegen. «Ausserdem haben die staatlichen Eingriffe in das Wohnungswesen überall die private Wohnbautätigkeit gelähmt.» Wo sollen diese staatlichen Eingriffe wieder eingeführt werden? Zweifellos in den Städten; denn nur hier ist noch Wohnungsknappheit. Man will also gerade dort, wo die Wohnbautätigkeit am nötigsten wäre, sie durch staatliche Massnahmen lähmen. Auf diese Weise finden wir keine Lösung. Die Initiative wie der Gegenvorschlag und die Standesinitiative der Waadtländer – treiben auf eine vollständige oder mehr oder weniger vollständige Verstaatlichung des Wohnungswesens hin. Ich hoffe, dass man das – wenigstens in den bürgerlichen Kreisen – mit der gebührenden Deutlichkeit erkennt. Aber auch vom sozialen Gesichtspunkt aus ist die Initiative und was dazu gehört nicht nötig. Ich habe vorhin die Botschaft zitiert, die von «ernsten sozialen Ungerechtigkeiten» spricht.

Der Bund hat eine Konzeption, wie das Wohnungsproblem von allen Seiten her angepackt und einer Lösung entgegengeführt werden kann, ein Programm, das sich im Rahmen unserer Wirtschaftsordnung bewegt und das meiner Überzeugung nach Erfolg verspricht. Beim Kampf gegen die Initiative geht es nicht um einen vernünftigen Mieterschutz, etwa nach dem Beschluss des Ständerates. Ich stimme dem zu, ich habe das oft genug erklärt, als Missbrauchsgesetzgebung, als Beruhigung der ängstlichen Gemüter nicht nur unter den Mietern, sondern unter den Mietervertretern. Aber was hier in der Initiative verlangt wird, ist weder wirtschaftlich vernünftig, noch verspricht es irgendeinen Erfolg. Es verstösst gegen unsere Wirtschaftsordnung, es wirkt, mindestens auf lange Sicht, ganz sicher unsozial. Ich wiederhole deshalb den Antrag der radikal-demokratischen Fraktion, alle diese Vorschläge und Initiativen abzulehnen und der Initiative «Recht auf Wohnung» keinen Gegenvorschlag mitzugeben.

Präsident: Damit beginnt die allgemeine Diskussion mit einer Beschränkung der Redezeit auf zehn Minuten.

Wyss: Vorerst möchte ich an die Bemerkung von Herrn Kollega Raissig anknüpfen. Er hat soeben festgestellt, dass er nicht gegen einen vernünftigen Mieterschutz gemäss den ständerätlichen Vorschlägen sei. Ich möchte immerhin Herrn Raissig daran erinnern, dass er in der nationalrätlichen Kommission, die auf dem Seelisberg getagt hat, seinerzeit einen Nichteintretensantrag gestellt hat, der dann

abgelehnt worden ist. Sollten Sie sich nicht mehr daran erinnern, können Sie Ihren Nachbarn hinter Ihnen, Herrn Kommissionspräsident Weber, fragen, ob Sie damals einen solchen Antrag eingereicht haben oder nicht.

Die Initiative «Recht auf Wohnung» hat einmal mehr eine grundsätzliche Diskussion darüber ausgelöst, ob eine weitgehende staatliche Förderung des Wohnungsbaus und Massnahmen zum Schutze der Mieter einen Ausgleich auf dem Wohnungsmarkt herbeiführen kann, oder ob auf alle sogenannten etatistischen Massnahmen verzichtet und der Wohnungsmarkt der privaten Initiative überlassen bleiben soll. Von den Befürwortern der privaten Initiative wird immer wieder ins Feld geführt, die Staaten mit etatistischer Wohnungsfürsorge hätten viel schlechtere Wohnverhältnisse als wir, und diese Leute folgern daraus, ein Übergang zu einer staatlich gelenkten Bewirtschaftung des Wohnungsmarktes müsste sich wegen des Zusammenbruchs der privaten Initiative katastrophal auswirken. In diesem Zusammenhang wird verlangt, das Schwergewicht der Bundeshilfe sei auf die Schaffung besserer Voraussetzungen für die Wohnungsproduktion durch Förderung der Bau-forschung und -rationalisierung, der Orts-, Regional- und Landesplanung und der Massentransportmittel zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zu legen. Auch die Einführung des Mietbeihilfesystems wird in diesem Zusammenhang erwogen.

Ich bin durchaus der Meinung, dass alle diese Massnahmen intensiv zu prüfen und tatkräftig zu unterstützen sind. Sie stellen jedoch – und auf dies möchte ich besonderen Wert legen – keine Alternative zu den Forderungen der Initiative «Recht auf Wohnung» dar, sondern sind unabhängig von dieser zu verwirklichen. Das Volksbegehren vom 11. Oktober 1967 für das Recht auf Wohnung und den Ausbau des Familienschutzes verlangt somit Massnahmen, die die Landesplanung und die übrigen Forderungen nicht hemmen.

Ein Kapitel für sich ist der Ruf nach Einführung des Mietbeihilfesystems. Auch heute, von dieser Stelle aus, wurde verschiedentlich das Begehren wieder gestellt, es sollten doch Mietbeihilfen gewährt werden an Mieter, die einen viel zu hohen Anteil ihres Lohnes für die Miete aufbringen müssen. Ich habe in dieser Beziehung bittere Erfahrungen gemacht. Wir hatten im Kanton Basel-Stadt vor einigen Jahren ein solches Mietbeihilfegesetz ausgearbeitet. Es sah vor, dass Familien von zwei Kindern an innert bestimmter Einkommensgrenzen und je nach dem Verhältnis Einkommen/Miete solche Mietbeihilfen erhalten sollten. Mit einer Ausnahme wurde diese Vorlage von allen bürgerlichen Parteien bekämpft, und in der Volksabstimmung wurde sie dann auch entsprechend abgelehnt. Ich komme deshalb vom Verdacht nicht los, dass die Forderung nach Mietzinsbeihilfen gar nicht so ernst gemeint ist, wie das hier im Rate dargestellt wird.

Und nun zur Initiative selbst: Das Volksbegehren verlangt, dass der Bund das Recht auf Wohnung anerkenne und die zur Sicherung notwendigen Massnahmen treffe, damit Familien und Einzelpersonen sich eine ihren Bedürfnissen und finanziellen Möglichkeiten entsprechende Wohnung beschaffen können. Entsteht – man kann hier sicher zufügen: besteht – trotzdem in einem Kanton oder einer Agglomeration ein Mangel an Wohnungen, so soll der Bund im Einvernehmen mit den betreffenden Kantonen die notwendigen, eigentlich begrenzten Massnahmen zum Schutze der Familien und der Einzelpersonen vor ungerechtfertigten Mietvertragskündigungen und übersetzten Mietzinsen und gegen alle andern Missbräuche treffen. Es ist uns nun absolut nicht klar, weshalb diese Forderungen

zu einer staatlich gelenkten Wohnungsfürsorge führen sollen. Der Anspruch auf eine Wohnung sollte doch in einem Wohlfahrtsstaat unbestritten sein. Dass diese Wohnung einen Mietzins aufweisen muss, der auch tragbar ist, ist ebenfalls nicht in Zweifel zu ziehen. Ein Angebot von Wohnungen mit unerschwinglichen Mietzinsen nützt nämlich der grossen Mehrzahl der Bevölkerung nichts.

Der Bundesrat weist in seinem Bericht in bezug auf die Mietzinse darauf hin, dass auf Grund von zwei unabhängig voneinander durchgeführten privaten Erhebungen nur 13% der Haushalte über einen Fünftel und 4% über einen Viertel des Familieneinkommens für die Miete ausgeben würden. Er anerkennt aber auch gleichzeitig die Fragwürdigkeit solcher Erhebungen. Dieser einschränkenden Bemerkung ist sicher beizupflichten. Betrachtet man die Verhältnisse in den Ballungszentren und deren Agglomerationen, so kommt man zu ganz anderen Zahlen. Diese allein sind nun aber zur Beurteilung der Initiative massgebend, sollen doch zeitlich begrenzte Massnahmen zum Schutze der Familien und Einzelpersonen vor ungerechtfertigten Mietvertragskündigungen und gegen übersetzte Mietzinse sowie gegen alle anderen Missbräuche nur dort Platz greifen, wo ein wirklicher Wohnungsmangel besteht, also gerade in den Ballungszentren und deren Agglomerationen. Dass hier ein Schutz notwendig ist, habe ich im Zusammenhang mit der Behandlung der Überführung des Kündigungsschutzes in das ordentliche Recht von dieser Stelle aus ausführlich dargelegt. Ohne im einzelnen darauf zurückzukommen, möchte ich nochmals mit allem Nachdruck darauf hinweisen, dass die Lage der Mieter in Regionen der Wohnungsnot auch heute noch katastrophal ist. Das Volksbegehren bringt in dieser Hinsicht gezielte Massnahmen, die den ins ordentliche Recht überzuführende Kündigungsschutz sinnvoll ergänzen könnten.

Ich trete für diese Initiative «Recht auf Wohnung» und den Ausbau des Familienschutzes ein. Ich werde für diese Initiative stimmen, eventuell könnte ich mich auch dem Antrag der Minderheit, das heisst dem Gegenvorschlag der Herren Debétaz und Konsorten, anschliessen. Ich bin aber der Auffassung, dass wenn sich der Rat grundsätzlich für den Minderheitsantrag entscheiden würde, es Aufgabe des Bundesrates und der Kommission sein müsste, diese Fassung noch etwas näher – insbesondere auch nach der verfassungsrechtlichen Seite – zu prüfen. Ich stimme also in der Hauptabstimmung für die Initiative.

M. Sandoz: Au cours du débat relatif à la prorogation de l'arrêté fédéral sur les loyers des biens immobiliers, M. Primborgne a fort opportunément attiré l'attention du Conseil national sur un passage du rapport qui constate: «Les conceptions relatives (aux rapports juridiques entre bailleur et locataire) ont évolué car certaines obligations d'ordre social que comporte la propriété immobilière ont aujourd'hui passé au premier plan.»

Il n'est pas téméraire de penser que c'est au premier chef et avant toute autre préoccupation le désir de définir ces rapports juridiques nouveaux pour donner un contenu aux obligations d'ordre social que comporte la propriété immobilière, qui a animé les auteurs de l'initiative pour le droit au logement.

Aussi comprenons-nous que la déception ait été grande chez ceux qui en automne 1967 déposèrent cette initiative, appuyée par plus de 83 000 signatures, à la lecture, deux ans plus tard, d'un message du Conseil fédéral qui non seulement concluait – ils pouvaient s'y attendre – au rejet de l'initiative, mais encore était tout entier bâti sur les principes de la seule économie de marché, considérait toute

intervention modératrice ou arbitrale de l'Etat, en matière de montant du loyer ou de protection du locataire, comme relevant d'un dirigisme malsain et comme une entrave à la véritable solution du problème du logement, qui ne devrait relever que des intérêts qu'a la libre entreprise à construire des appartements en nombre suffisant pour rétablir l'équilibre du marché, étant bien entendu que ces intérêts de la libre entreprise n'existent par définition que là où celle-ci est assurée d'un profit substantiel. «Entraver l'initiative privée – lit-on par exemple à la page 13 du message, et le contexte nous fait clairement entendre que ce que l'on appelle «entrave», c'est en fait toute mesure de protection – équivaldrait à paralyser complètement la production de logements.»

Le logement, tout au long de ce message, daté du 3 septembre 1969, est considéré comme une marchandise, soumise aux seules lois de l'économie de marché et dont les pouvoirs publics ne doivent s'occuper, et de la façon la plus limitative possible, que dans la mesure où se manifeste un déséquilibre durable entre une offre insuffisante et une demande excédentaire. Ils doivent avoir la préoccupation constamment affirmée de sortir le plus rapidement possible de ce régime d'exception pour en revenir au droit commun, pour atteindre – cette citation est aussi empruntée au message – «l'objectif visé, à savoir l'incorporation du secteur du logement à l'économie de marché» à laquelle, par une interprétation singulièrement téméraire des faits, on tente de nous faire accroire que le peuple aurait massivement donné son accord en adoptant l'additif constitutionnel du 9 octobre 1964. Or, de toute évidence, il s'est prononcé, comme il l'a fait, pour assurer aux locataires pendant une nouvelle période de 5 ans, un minimum de protection.

Où sont, dans le langage de ce message du 3 septembre, les préoccupations, qui, deux mois et deux jours plus tard – le 5 novembre – feront l'objet de la réjouissante constatation du Conseil fédéral, à savoir que les conceptions relatives aux rapports juridiques entre bailleur et locataire ont évolué et que certaines obligations d'ordre social – ce n'est sûrement pas de l'économie du marché qu'elles relèvent – ont aujourd'hui passé au premier plan?

Il est probable que les auteurs de l'initiative ont imaginé que des objections leur seraient opposées, qu'ils ont dû s'attendre à ce que l'affirmation du principe même du «droit au logement», pour légitime qu'il apparaisse et conforme à une saine morale familiale et sociale, allait être contestée en tant que concept juridique destiné à être inscrit dans la constitution et créant en quelque sorte, à la charge de l'Etat, des devoirs autres que ceux qu'il peut accepter. Ils ont du reste réservé le droit de retrait de ceux qui ont par-rainé l'initiative en faveur d'un contre-projet jugé par eux acceptable.

Ils avaient dès lors l'espérance légitime qu'un dialogue allait s'ouvrir entre les autorités fédérales et eux, que, dans la mesure où leur tentative de faire passer la question du logement du secteur économique dans celui des préoccupations sociales et familiales serait comprise, le gouvernement irait à leur rencontre. Ils espéraient qu'il suggérerait – en le matérialisant dans un contre-projet – ce compromis entre le minimum de dirigisme assurant la protection du locataire et le maximum de liberté que notre régime économique reconnaît au titulaire du droit de propriété immobilière; il ne s'agirait que de le mettre hors d'état de faire un usage abusif de ses droits, en matière de loyer ou de résiliation.

Nous avons partagé cette légitime espérance et nous avons été cruellement déçus de la proposition adoptée par le

Conseil fédéral. C'est ce qui a incité une partie des membres de la commission à suggérer que celle-ci établisse un contre-projet à l'initiative, qui pourrait être soumis au vote du peuple et des cantons avec un préavis affirmatif. Cette proposition ayant échoué avec un écart d'une voix dans la commission, les minoritaires ont décidé de la reprendre devant votre Conseil sous la forme du contre-projet Debétaz et consorts, dont l'articulation vous a été exposée par son auteur.

Le mérite de cette solution, comparée à la proposition du Conseil fédéral de rejet de l'initiative, nous paraît double. D'une part, il place le problème du logement dans une perspective qui correspond aux exigences des temps présents, c'est-à-dire que sans aller jusqu'à l'affirmation de l'existence d'un «droit au logement», il se refuse à considérer ce bien comme une marchandise, mais lui reconnaît une valeur sociale, digne de protection, le considère comme une réalité relevant de ce que le Conseil fédéral lui-même, dans sa nouvelle appréciation des faits en cause, appelle l'évolution des rapports juridiques existant entre bailleur et locataire.

D'autre part, il nous permet, par le moyen démocratique de la consultation du peuple et des cantons, de donner une base constitutionnelle solide à une législation qui ne dispose présentement que d'un appui très étroit dans la rédaction actuelle de l'article 34 *quinquies*, 3^e alinéa.

Telles sont les raisons pour lesquelles je pense que le Conseil national devrait se rallier au principe d'un contre-projet à soumettre au vote du peuple et des cantons avec un préavis affirmatif. A défaut de cette solution, il n'en reste pas d'autre que de soutenir l'initiative dans la forme où elle a été déposée.

M. Chavanne: L'initiative du Mouvement populaire des familles a l'avantage de poser brutalement un problème essentiel, celui du droit au logement, et de le poser d'une manière à la fois souple et ferme dans l'application, tant dans le temps que dans l'espace. Tout d'abord, elle pose le problème de l'initiative du droit au logement dont deux ans de mise en «frigorifique» n'ont pas diminué, certes, l'importance. Il est important de signaler que le message du Conseil fédéral est presque déplaisant en prêtant aux partisans de l'initiative une idée qu'ils n'ont certainement jamais eue. On y lit: «La politique que nous suivons en matière de logement ne doit pas conduire à laisser au seul Etat le soin de procurer des logements et en faire un état providence dans le secteur du logement.» Il s'agit là d'une manière classique de discussion prêtant à l'adversaire une idée qu'il n'a absolument pas pour, par la suite, le démolir plus facilement. Personne n'a songé une seconde à ce que l'Etat seul s'occupe du problème du logement.

Le droit au logement est partie du droit de tout travailleur de recevoir, en dehors de son salaire, la possibilité d'une vie correspondant aux conditions économiques du pays dans lequel il vit. Ce droit s'apparente aux droits à l'instruction pour les enfants, aux meilleurs soins pour les malades et les invalides, à une vieillesse protégée. Il s'agit en vérité d'un transfert de gain, car il n'y a pas d'autres sources de richesse que le travail. Le Conseil fédéral dans son message, continuant sur sa lancée, souligne en italique ce qu'il veut: «c'est aider les intéressés à se tirer d'affaire par leurs propres moyens». S'agit-il de donner des salaires américains, de multiplier par 4 ou 5 les salaires minimum et alors, tout le monde ou à peu près «pourra se tirer d'affaire par ses propres moyens». Aux Etats-Unis, toutefois, il subsiste d'innombrables taudis et d'innombrables difficultés. On ne peut donc pas simplement demander aux gens «de se tirer d'affaire par leurs propres moyens»,

alors chez les ouvriers les moins payés, le loyer représente jusqu'à 20% de leur salaire! Est-ce que l'on veut affronter l'inflation que représenterait une augmentation de tous les salaires pour que l'on puisse «s'en tirer par ses propres moyens»? Est-ce l'inflation que l'on veut ici à tout prix, alors même qu'on la combat, dans d'autres cas, avec des airs vertueux?

Le travailleur a besoin de l'intervention de l'Etat dans la lutte pour le loyer, car nulle part ailleurs la lutte entre le travail et le capital n'est plus vive. Comment les loyers sont-ils fixés? Non pas, comme on nous le dit, essentiellement par le prix des heures des ouvriers du bâtiment. Mais par la spéculation énorme sur les terrains qui se regroupent en quelques mains, ce qui fait que les prix dépassent, par exemple, 10 000 francs le m² dans nos villes. Mais par les ventes, surtout par cession d'actions de sociétés anonymes dans nos cantons romands, ventes des immeubles qui chaque fois s'accompagnent d'une augmentation de l'état locatif. Mais par des groupes d'intermédiaires dans le marché du bâtiment qui, groupés et tout-puissants, ne permettent pratiquement pas le libre jeu du marché. Je signale simplement que, dans la ville de Genève, la seule organisation par les régisseurs d'un système d'échange de loyers, entre quartiers, entre loyers plus ou moins élevés, aurait à elle seule pu empêcher une grande partie de nos difficultés. Les régisseurs ne l'ont pas voulu en raison de l'enrichissement énorme qu'ils connaissent grâce aux innombrables personnes à la recherche d'un appartement.

Tout logement doit être familial. Les difficultés que nous connaissons dans l'éducation de la jeunesse nous le rappellent. L'appartement doit être assez grand pour permettre de loger toute famille, toutefois le droit au logement n'est pas un droit «familial», mais un droit du travailleur à toucher tous les fruits de son travail.

Je voudrais ensuite dire combien je partage les opinions de M. Sandoz et de M. Primborgne. L'initiative est bonne parce qu'elle est souple et ferme, à la fois, dans le temps et dans l'espace. Dans le temps puisqu'elle donne la possibilité d'intervenir lorsqu'il y a pénurie. Or on l'a répété ici, dans beaucoup de cas, les locataires ont accepté des augmentations parce qu'ils n'étaient pas sûrs du lendemain. Dans l'espace, parce qu'elle donne la possibilité d'intervenir aux cantons.

Et je terminerai en vous rappelant l'admirable déclaration faite hier par M. Chevallaz sur les droits du fédéralisme: Il n'est pas normal que le fédéralisme, en Suisse, ne serve plus guère qu'à une chose, à permettre une plus facile évasion fiscale.

Fischer-Bern: Ich glaube, wir müssen uns darüber klar sein, auch wenn die Zeit für eine noch breitere Diskussion nicht zur Verfügung steht, dass es sich bei dieser Initiative um eine überaus schwerwiegende Angelegenheit handelt, und zwar einmal in grundsätzlicher Hinsicht. Es würde eine völlige Abkehr von der bisherigen Politik bedeuten, wenn das Volk diese Initiative annähme. In materieller Hinsicht würde die ganze Wohnwirtschaft entscheidend beeinflusst. Sie würde in weitem Masse den staatlichen Einflüssen unterstellt. Ich möchte auf die drei Hauptpunkte der Initiative und nachher auf die drei Hauptpunkte des Gegenvorschlages kurz eingehen.

Der erste Teil der Initiative verlangt, dass der Bund dafür verantwortlich ist, dass jedermann eine seinen Verhältnissen entsprechende Wohnung erhält. Diese Forderung ist nicht realisierbar, denn der Wohnungsmangel besteht ja gerade dort, wo kein Land zur Verfügung ist. Man müsste es so machen, wie in gewissen andern Ländern,

zum Beispiel in Schweden, wo ganze Quartiere niedergelassen werden, damit man neue Hochhäuser bauen kann. Aber das hätte eine derartige staatliche Einflussnahme auf das Privateigentum und die ganze Wohnsituation einer Agglomeration und einer Stadt zur Folge, dass meines Erachtens etwas Derartiges mit unserer rechtlichen und wirtschaftlichen Ordnung nicht vereinbar ist.

Der zweite Punkt der Initiative verlangt, dass jeder Mann einen Mietzins bezahlen müsse, der seinen persönlichen Verhältnissen entspricht. Ich kann Ihnen ein Beispiel erzählen: Ich bin anfangs des Krieges nach Bern gezogen, habe geheiratet und 450 Franken als Preiskontrollangestellter verdient. Für eine mediokere Dreizimmerwohnung habe ich 150 Franken bezahlt. Das sind über 30%. Heute betragen die prozentualen Sätze, verglichen mit dem Einkommen, bedeutend weniger. Sie liegen in der Grössenordnung von 10 bis 15%. Wo soll dann die Limite gezogen werden? Wer soll sagen, welches die Verhältnisse sind, die man bei dieser staatlichen Fixierung berücksichtigen muss? Es würde so herauskommen, dass der Staat in einem ganz extremen Masse die Wohnungsmieten verbilligen müsste, wenn er die Initiative tatsächlich ausführen wollte. Das könnte auf die Dauer natürlich nicht nur für eine kleine Minderheit erfolgen, sondern es käme dann mit der Zeit so, dass bis zuletzt alle Bürger Steuern zahlen würden zur Verbilligung aller Wohnungen. Sie wissen, dass es gewisse Leute gibt, die der Meinung sind, es sei überhaupt eine staatliche Aufgabe, der Bevölkerung die Wohnung gratis zur Verfügung zu stellen, ähnlich wie in Basel das Theater und das Tram gratis werden sollen.

In einem dritten Punkt verlangt die Initiative die Verewigung der Mietzinskontrolle und des Kündigungsschutzes. Es steht wohl in der Initiative, dass das jeweils nur für eine begrenzte Zeit gelten solle. Aber diese Einschränkung ist ja völlig systemwidrig; denn in den Städten wird es überhaupt nie mehr genügend Wohnungen geben. Der Staat kann dagegen gar nichts tun. Die Sogwirkung der Städte ist zu gross, das ganze kulturelle Leben spielt sich eben zur Hauptsache in den Städten ab. Auch das wirtschaftliche Leben ist in den Städten intensiver, die sozialen Einrichtungen entwickelter, usw. Sie werden in den Städten immer zuviele Leute und immer Wohnungsmangel haben. Dort steht aber kein Land zur Verfügung, weshalb diese Forderung der Initiative nach meiner Auffassung unrealistisch ist, wenn man sie ernst nehmen will. Das ist aber doch offenbar die Meinung.

Nun noch zwei Worte zum Gegenvorschlag. Dieser sieht in seinem ersten Abschnitt wohl etwas harmloser aus. Was stellt man sich aber unter dem Auftrag vor, dass dem Bund die Gesetzgebung über das Wohnungswesen zusteht? Wie weit gehen da die Eingriffe in das Privateigentum? Eine derartige allgemeine Vorschrift kann sich sehr schwerwiegend auswirken.

Hinsichtlich des zweiten Punktes, dass der Staat über den Kündigungsschutz und die Mietzinskontrolle intervenieren dürfe und müsse, gilt das, was ich bereits gesagt habe.

Der dritte Punkt des Gegenvorschlages, der vielleicht etwas zu wenig beachtet worden ist, verlangt, dass die Kantone – wenn der Bund es nicht tut – dann diese Interventionen vornehmen dürfen. Das ist ungefähr das, was in der Standesinitiative des Kantons Waadt enthalten ist: Man will die Verantwortung auf die Kantone abschieben. Wir würden also das wieder retablieren, was vor hundert Jahren im umgekehrten Sinne gemacht worden ist. Ich glaube, etwas Derartiges kann ernstlich nicht in Frage kommen. Es geht doch nicht an, dass wir Schwierigkeiten,

die im ganzen Lande bestehen, auf diese Weise erledigen, dass wir ihnen aus dem Wege gehen, indem wir die Kompetenzen den Kantonen geben und sagen, arrangez-vous! Das entspricht ungefähr dem, was nach dem umstrittenen Vorschlag des Biga bei der Fremdarbeiterregelung in Zukunft gelten soll. Weil man die Schwierigkeiten selbst nicht lösen kann – aus objektiven Gründen oder weil man glaubt, sie nicht lösen zu können –, überträgt man dann die ganze Geschichte den Kantonen und kümmert sich nicht mehr darum, wie es weitergeht.

Ich möchte Ihnen beantragen, die Initiative abzulehnen und keinen Gegenvorschlag aufzustellen. Es ist, wie Herr Raissig gesagt hat: Wir haben jetzt diese Kündigungsrechtsvorlage, die einige Anforderungen an die Anhänger des Privateigentums stellt und die wir bereit sind, in vernünftiger Art und Weise auf die Beine stellen zu helfen. Etwas Weitergehendes würde aber eine derartige völlige Kursänderung in unserer ganzen Wirtschaftspolitik im allgemeinen und im besondern auf dem Wohnungssektor mit sich bringen, dass wir dann auf diesem Gebiete wirklich keine schweizerischen Verhältnisse mehr hätten.

Tschopp: Im Anschluss an die Ausführungen unseres Fraktionssprechers Bärlocher möchte ich noch einige Ergänzungen anbringen. Immer wieder werden zur Begründung scharfer Restriktionen die kinderreichen Familien ins Feld geführt. Der Ruf nach schärferen Massnahmen ertönt besonders laut aus der welschen Schweiz. Wie steht es dort mit den kinderreichen Familien? Die Stadt Lausanne hat 1966 eine Erhebung über Einkommen und Mietzinse durchgeführt. Sie erfasste praktisch die gesamte Bevölkerung. Bei dieser Gelegenheit stellten die Behörden folgendes fest: Von sämtlichen Haushalten entfielen auf Haushalte mit 5 und mehr Personen ganze 4%. Das sind in der Regel Familien, bestehend aus dem Ehepaar und drei Kindern. Man kann darüber streiten, ob eine Familie mit drei Kindern bereits als kinderreich zu betrachten sei. Selbst wenn man diese Limite wählt, gelangt man also auf einen Anteil von bloss 4%. Würde man 4 Kinder als Limite wählen, so wäre höchstwahrscheinlich der Anteil weniger als 2%. Wir möchten bei weitem nicht diese Kategorie vernachlässigen, im Gegenteil, aber sie stellt keinen entscheidenden Faktor am Wohnungsmarkt dar, in Lausanne nicht und eher noch weniger in Genf. Innerhalb dieses ohnehin sehr kleinen Teils der Haushalte gibt es eine nochmals kleinere Gruppe mit relativ bescheidenen Einkommen. Für diese sollten die Grossstädte wahrhaftig eine angemessene Lösung finden können, und sie sind ja auch bemüht, über verbilligte Wohnungen diese Lösung zu finden. Man unterscheidet hier also klar zwischen dem bestandesmässig eng begrenzten Sonderfall der kinderreichen Familien, soweit sie relativ bescheidene Einkommen haben, und der allgemeinen Situation am Wohnungsmarkt. Nur diese allgemeine Situation kann massgebend dafür sein, wie wir jetzt bei dieser Initiative entscheiden sollen. Die Zahlen der Lausanner Erhebungen bilden übrigens keine Ausnahme. Die Verhältnisse sind in andern Grossstädten sehr ähnlich. In keiner Grossstadt herrscht eine Wohnungsnot, oder will man es als eine Wohnungsnot bezeichnen, dass auf eine Person ungefähr ein Wohnraum entfällt? Das ist ein Durchschnitt, aber entsprechend diesem günstigen Durchschnitt gibt es wenig schwerwiegende Fälle.

Das Mouvement populaire des familles hat allerdings die sensationelle Feststellung getroffen, dass in Haushalten mit drei und mehr Kindern rund anderthalb Personen auf einen Wohnraum entfallen, wohlverstanden, im

Mittel von städtischen und ländlichen Verhältnissen. In den Grossstädten allein wäre die Relation noch geringer. Weil nun das Argument der Wohnungsnot nicht so ganz überzeugt, spricht man von einer Mietzinsnot. Dabei zahlt nach verschiedenen Erhebungen nur ein geringer Teil der städtischen Familienhaushalte einen Mietzins, der einen Fünftel des Familieneinkommens wesentlich übersteigt. Der Durchschnitt liegt bei 13% herum. Auch die Grenze von einem Fünftel des Einkommens stellt keine absolute Maxime oder gar einen erstrebenswerten Zustand dar. Wiederum sei lediglich festgehalten, dass nicht behauptet werden kann, es bestehe eine verbreitete Notlage. Selbstverständlich ist es rein wirtschaftlich nicht möglich, komfortabel eingerichtete Nachkriegswohnungen, mit höheren Löhnen erstellt, für Mietzinse vom Jahre 1930 zu erhalten. Dieses Kunststück hat kein einziges Land zustande gebracht. Wir haben in der Schweiz sicher keinen idealen Wohnungsmarkt, aber einen Wohnungsmarkt, der für den grössten Teil der Mieter einigermaßen funktioniert. Ich bitte Sie deshalb, gemäss Antrag des Bundesrates und der Kommissionenmehrheit, diese Initiative abzulehnen. Sie widerspricht vollständig unserer ganzen Konzeption zur Lösung des Wohnungsbaues.

Präsident: Die Herren Referenten verzichten auf das Wort.

Bundesrat Spühler: Der Bundesrat hat in den Botschaften über die Wohnungsprobleme, die Ihnen vorliegen und die nun Gegenstand dieser langen Beratung sind, nicht verhehlt, dass es auch in unserem Lande viele brennende Fragen, viel Ungelöstes und viele unerfreuliche Situationen gibt. Dass es nicht gelungen ist, das sogenannte Wohnungsproblem auf der ganzen Linie und für alle Schichten unserer Bevölkerung befriedigend zu lösen, mag als eine Schwäche unseres Wirtschafts- und Sozialsystems erscheinen. Dieselbe Karenz gegenüber dieser so ungeheuer wichtigen sozialen Frage stellen wir aber in anderen Wirtschaftssystemen im allgemeinen in noch weit krasserem Masse fest. Dass die Wohnungsversorgung in allen Ländern und in allen Wirtschafts- und Sozialordnungen überhaupt ein Problem, ja eines der grossen Probleme der menschlichen Gesellschaft ist, macht verständlich, dass die Idee des Rechts auf Wohnung als eine soziale und sittliche Forderung aufgekommen und Gegenstand auch von Menschenrechtserklärungen geworden ist. Wie beim Recht auf Arbeit oder beim Recht auf Gesundheit handelt es sich auch beim Recht auf Wohnung nicht um ein subjektives Recht mit klagbarem Anspruch, sondern um ein Sozialrecht. Es soll damit zum Ausdruck gebracht werden, dass sich die menschliche Gesellschaft und ihre Sozialordnung der Verantwortung für die Beschaffung von Arbeit und für die Wohnungsversorgung nicht einfach entziehen kann, sondern dass ihr in dieser Hinsicht eine soziale Verpflichtung zufällt. Es sind die Bedingungen zu schaffen, dass der Einzelne die eigene Verantwortung für die Leistung von Arbeit, für die Beschaffung der Wohnung erfüllt. So aufgefasst, ist die Idee des Rechts auf Wohnung durchaus konform mit der Gesellschaftsauffassung der demokratischen Staaten, auch denjenigen der Eidgenossenschaft, und es wird zu prüfen sein, ob dieser Gedanke nicht auch in die künftige neue Bundesverfassung aufzunehmen ist. Die Mittel und Wege, wie die Initianten dieses Recht auf Wohnung verwirklichen wollen, müssen wir jedoch als unzweckmässig bezeichnen und ablehnen. Sie stehen in Gegensatz zu den praktisch in allen westlichen Ländern gemachten Erfahrungen und Erkenntnissen. Mit Mietpreiskontrollen kann das Wohnungs-

problem auf die Dauer nicht gelöst werden. Es muss von der Behandlung der Symptome auf die Behandlung der Ursachen übergegangen werden. Bei der Struktur unseres Wohnungs- und Baumarcktes würden die vorgeschlagenen Eingriffe in das Wohnungswesen wohl eher einen Rückschritt bedeuten, der sich langfristig nachteilig auf unsere Wohnverhältnisse auswirken müsste.

Der Bundesrat hat Ihnen ein ganzes Paket von Botschaften zu den verschiedenen Aspekten der Wohnungsfrage unterbreitet. Die Argumente, die in den konkreten Fällen vorgebracht wurden und vorgebracht werden können, wiederholen sich im Grunde genommen ständig. Was vorher bei den andern Botschaften und Berichten gesagt worden ist, muss auch beim Bericht über das Recht auf Wohnung wiederholt werden. Ich glaube nicht, dass es einen Sinn hat, wieder von neuem auf das Wesentliche zurückzukommen.

Der Anstoss zu der Initiative und zu den Forderungen überhaupt auf dem Gebiete des Wohnungswesens kommt aus den Wohnverhältnissen in den Städten, in den städtischen Agglomerationen. Der Verstädterungsprozess wird zu einem dauernden Wohnungsmangel in zentralen Lagen führen. Das ist ein Prozess, der unaufhaltsam ist, und es gibt gewisse Dinge, die nicht lösbar sind, gewisse Forderungen, denen einfach keine Möglichkeit der Verwirklichung gegenübersteht. Die Wirtschafts- und Wohnungsmarktpolitik hat dafür zu sorgen, dass sich die zusätzliche Wohnungsfrage nicht noch stärker auf die bestehenden Agglomerationen konzentriert. Es gilt deshalb, in jenen Regionen und Orten, die den Bevölkerungszuwachs aufnehmen sollen, starke Anziehungskräfte zu schaffen. Das ist das entscheidende Problem. Durch das heutige System der Mietzinsüberwachung und durch die geforderten Massnahmen zum Schutze der Mieter werden aber vor allem die zentralen Wohnlagen geschützt, die eine Fülle weiterer Vorteile aufweisen. Damit wird das Gefälle zugunsten der zentralen Lagen nur weiter vergrössert. Die stärkere Wohnungsnachfrage in den Ballungen – im Gegensatz zur Landschaft – lassen die Mietpreise in den Städten überdurchschnittlich stark ansteigen. Je höher die Mieterträge liegen, die sich von den Wohnbauinvestoren realisieren lassen, um so mehr kann für den Boden bezahlt werden. Wir müssen aus diesem *Circulus vitiosus* herauskommen durch die Förderung des Wohnungsbaues auch auf dem Lande, in den weiteren Kreisen der Agglomeration. Dort liegt im Grunde genommen das Problem.

Zur Verwirklichung einer in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht idealen Siedlungsstruktur und zur Erzielung eines räumlichen Gleichgewichtes auf dem Wohnungsmarkt mit relativ geringer Mietpreisdifferenzierung bedarf es einer umfassenden Landes-, Regional- und Ortsplanung. Im Vordergrund der staatlichen Massnahmen steht der Ausbau von optimalen Infrastrukturen in den besonders zu fördernden und neu zu entwickelnden Siedlungszentren. In diesem Sinne werden dann auch die Verkehrs- und die Fiskalpolitik zu wohnungsmarktpolitischen Instrumenten. Ferner erhält auch die Ausgestaltung des Boden- und Baurechts eine stärkere siedlungspolitische Relevanz. Hier liegen die wirklichen Objekte der staatlichen Intervention. Sie sind viel zahlreicher und tiefgreifender als die Vorschläge, die in der Initiative und im Gegenvorschlag gemacht werden. Sie sind aber auch viel wirksamer in Richtung auf die Ziele, die sich das Volksbegehren stellt. Auch der Gegenvorschlag der Kommissionenminderheit muss abgelehnt werden.

Wir haben ja bereits in der Behandlung der vorherigen Vorlagen darauf hingewiesen, dass der Bundesrat durchaus

bereit ist, eine Neukonzeption der Wohnungsbauförderung vorzunehmen, die sich nicht nur beschränkt auf die unmittelbaren wichtigen – zweifellos wichtigen – aber doch im Verhältnis zur Grösse der Aufgabe nur bescheidenen und prekär erscheinenden Probleme. Wir sind bereit, eine langfristige wohnungspolitische Konzeption einzuleiten. Es bedarf also dazu nicht eines besonderen Anstosses von aussen und eines nicht durchdachten – Entschuldigung, wenn ich das gegenüber dem Gegenvorschlag sage – Verfassungstextes. Eine solche Blitzaktion – man darf das sagen – ist nicht notwendig, nachdem die Kommission ein Postulat vorgebracht hat, worin der Bundesrat eingeladen wird, auf breiter Grundlage die Probleme, die jetzt ebenfalls wieder zur Diskussion stehen, zu studieren und Ihnen Vorschläge zu machen.

Der Gegenvorschlag weist eine Reihe von Mängeln auf. Man kann sich mit Recht fragen, ob gewisse im Gesetz vorgesehene Massnahmen, auch für die Bauforschung, die Landesplanung durch die verfassungsrechtliche Grundlage gedeckt werden? Die Frage der Verfassungsgrundlage – wir haben sie ja bereits diskutiert – wird sich denn auch stellen, wenn die Neukonzeption verwirklicht werden soll. Die allgemeine Förderung des Wohnungsbaues und innerhalb derselben auch die Förderung des sozialen Wohnungsbaues, darüber ist sich der Bundesrat durchaus klar, sind als Daueraufgabe des Bundes anzuerkennen. Einer verfassungsrechtlichen Verankerung dieser Bestrebungen an sich wäre deshalb nicht zu opponieren. Indessen ist der Wortlaut des Gegenvorschlages umfassender, insbesondere auch der erste Satz von Absatz 1. Eine derart allgemeine Gesetzgebungsbefugnis über das Wohnungswesen geht doch wohl zu weit. Die verfassungsmässige Verankerung des ganzen Problems, wie es durch die Initiative aufgeworfen wird, soll deshalb erst im Zusammenhang mit der Neukonzeption erfolgen. Die Bestimmungen von Absatz 2 des Gegenvorschlages sollen den Bund ermächtigen, wiederum auf dem Gebiete der Mietpreisbewirtschaftung zu legiferieren. Dagegen müssen alle Einwände vorgebracht werden, die nicht nur in der Botschaft des Bundesrates genannt werden, sondern die seit jeher immer wieder vorgebracht wurden und auch vorzubringen sind gegenüber der Volksinitiative und gegenüber der Standesinitiative des Kantons Waadt. Dazu kommt, dass jedes Mietpreisbewirtschaftungssystem, wenn es wirksam sein soll, ein entsprechendes spezielles Kündigungsrecht verlangt. Ein solches Kündigungsrecht ist aber im Gegenvorschlag gar nicht enthalten, entgegen der Standesinitiative und dem Volksbegehren. Der Gegenvorschlag ist insofern also inkonsequent. Entscheidend sind aber die Einwände, die wir aus grundsätzlicher Sicht dem Gegenvorschlag entgegen zu halten haben.

Auch die Kompetenz zur Legiferierung auf dem Gebiete der Mietpreisbewirtschaftung soll nach Absatz 3 den Kantonen zustehen. Der Bundesrat lehnt eine solche Rechtsordnung, in der zweierlei Recht in der Eidgenossenschaft – je nach den Kantonen – eingeführt wird, ab. Wir verweisen auf die Einwände, die beim folgenden Gegenstand vorzubringen sind.

Der Bundesrat bittet Sie, sowohl die Initiative als den Gegenvorschlag abzulehnen.

Präsident: Damit Sie sich im klaren sind, wie ich vorzugehen beabsichtige, möchte ich Ihnen folgendes sagen: Zunächst wird über Titel und Ingress entschieden. Bei Artikel 1 wird der Antrag der Kommissionsmehrheit (Verwerfung der Initiative ohne Gegenvorschlag) dem Antrag der Kommissionsminderheit (Verwerfung der Initiative mit

Gegenvorschlag) gegenübergestellt. Wenn Sie dem Artikel 1 in der Formulierung des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit zustimmen, dann werde ich bei Artikel 2 den Vorschlag der Kommission dem Antrag Dafflon (statt Verwerfung, dem Volke und den Ständen Annahme des Volksbegehrens zu empfehlen) gegenüberstellen. Pflichten Sie dagegen bei Artikel 1 der Minderheit zu, werde ich Ihnen beantragen, die Beratung der Vorlage abzubrechen, damit Bundesrat und Kommission zum Vorschlag der Kommissionsminderheit nochmals Stellung nehmen können. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Das ist der Fall.

(Anträge siehe S. 904 hiavor – Propositions voir p. 904 ci-devant)

Titel und Ingress – Titre et préambule

Angenommen – Adopté

Abstimmung – Vote

Art. 1

Für den Antrag der Mehrheit	71 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	54 Stimmen

Art. 2

Für den Antrag der Mehrheit	78 Stimmen
Für den Antrag Dafflon	33 Stimmen

Art. 3

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussesentwurfes	81 Stimmen
Dagegen	34 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Volksbegehren für das Recht auf Wohnung. Bericht des Bundesrates

Initiative populaire pour le droit au logement. Rapport du Conseil fédéral

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1969
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	07
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	10356
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	03.12.1969
Date	
Data	
Seite	904-918
Page	
Pagina	
Ref. No	20 039 199

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

**10356. Volksbegehren für das Recht auf
Wohnung. Bundesbeschluss**
Initiative populaire pour le droit au logement.
Arrêté fédéral

Siehe Jahrgang 1969, Seite 904 — Voir année 1969, page 904

Beschluss des Ständerates vom 18. März 1970
Décision du Conseil des Etats du 18 mars 1970

Schlussabstimmung — Vote final

Für Annahme des Beschlusentwurfes	96 Stimmen
Dagegen	42 Stimmen

An den Ständerat — Au Conseil des Etats

10362. Investitionsrisikogarantie.
Bundesgesetz
Garantie contre les risques de l'investissement.
Loi

Siehe Seite 156 hiervor — Voir page 156 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 20. März 1970
Décision du Conseil des Etats du 20 mars 1970

Schlussabstimmung — Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes	150 Stimmen
Dagegen	4 Stimmen

An den Bundesrat — Au Conseil fédéral

Schluss des Amtlichen Bulletins der Frühjahrssession 1970

Fin du Bulletin officiel de la session de printemps 1970

Volksbegehren für das Recht auf Wohnung. Bundesbeschluss

Initiative populaire pour le droit au logement. Arrêté fédéral

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1970
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	20
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	10356
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.03.1970
Date	
Data	
Seite	311-311
Page	
Pagina	
Ref. No	20 039 308

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Nachmittagssitzung vom 18. März 1970

Séance du 18 mars 1970, après-midi

Vorsitz — Présidence: M. Torche

10356. Volksbegehren für das Recht auf Wohnung. Bericht des Bundesrates
Initiative populaire pour le droit au logement. Rapport du Conseil fédéral

Bericht des Bundesrates und Beschlusssentwurf vom 3. September 1969 (BBI II, 887)

Rapport du Conseil fédéral et projet d'arrêté du 3 septembre 1969 (FF II, 895)

Beschluss des Nationalrates vom 3. Dezember 1969

Décision du Conseil national du 3 décembre 1969

Antrag der Kommission

Eintreten.

Proposition de la commission

Passer à la discussion des articles.

Berichterstattung — Rapport général

Amstad, Berichterstatter: Am 11. Oktober 1967 hat das Aktionskomitee in Lausanne der Bundeskanzlei das Volksbegehren für das Recht auf Wohnung und den Ausbau des Familienschutzes mit über 80 000 gültigen Unterschriften eingereicht. Dieses Volksbegehren wurde durch Bundesratsbeschluss vom 21. November 1967 als formell zustandegekommen erklärt.

Das Volksbegehren schlägt vor, dass die Bundesverfassung durch einen Artikel 34sexies ergänzt wird, der zwei Forderungen beinhaltet. Einmal soll der Bund das Recht auf Wohnung anerkennen und die notwendigen Massnahmen treffen, damit — ich zitiere — «... Familien und Einzelpersonen sich eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung beschaffen können, deren Mietzins oder Kosten ihre finanzielle Leistungsfähigkeit nicht übersteigt». Zum andern soll der Bund bei Mangel an Wohnungen in einem Kanton oder einer Agglomeration die notwendigen zeitlich begrenzten Massnahmen zum Schutze der Familien und Einzelpersonen vor ungerechtfertigten Mietvertragskündigungen, gegen übersetzte Mietzinse und gegen alle andern Missbräuche treffen.

Gemäss Artikel 27 des Geschäftsverkehrsgesetzes hat die Bundesversammlung innert drei Jahren seit Einreichung des Begehrens, das heisst vorliegend bis zum 11. Oktober 1970, zum Begehren auf Teilrevision der Bundesverfassung Stellung zu nehmen. Wenn auch über das formell-rechtliche Zustandekommen des Volksbegehrens als solchem kein Zweifel bestehen kann, stellt sich doch vorerst die Frage, ob das Begehren gültig ist; dies deshalb, weil das Begehren in Punkt III verlangt, dass die Ausführungsgesetzgebung auf den 1. Januar 1970 in Kraft tritt. Da diese Bestimmungen praktisch schon im Zeitpunkt der Einreichung des Begehrens als unerfüllbar betrachtet werden musste, fragt es sich, ob die Unmöglichkeit, den Termin für die Inkraftsetzung der Ausführungsgesetzgebung einzuhalten, nicht die Ungültigkeit des Volksbegehrens zur Folge hat.

Ihre Kommission beantragt Ihnen, das Volksbegehren trotz gewisser Bedenken als gültig zu halten, und zwar aus folgenden Gründen:

Einmal ist davon auszugehen, dass es wohl tatsächlich, nicht aber rechtlich unmöglich gewesen wäre, das Volksbegehren vom 11. Oktober 1967 im Laufe der zwei Jahre bis zum 1. Januar 1970 zu behandeln und mit der Ausführungsgesetzgebung unter Dach zu bringen. Dabei wäre übrigens auch die rückwirkende Inkraftsetzung der Ausführungsgesetzgebung rechtlich möglich.

Zum andern ist darauf hinzuweisen, dass die Zeitbestimmung nicht Bestandteil des Verfassungszusatzes, sondern in einem eigenen Punkt des Volksbegehrens untergebracht ist. Meines Erachtens müsste die Ungültigkeit der Zeitbestimmung in Analogie zu andern Rechtsgebieten nicht unbedingt die Ungültigkeit des gesamten Volksbegehrens zur Folge haben. Ich verweise in diesem Zusammenhang zum Beispiel auf Artikel 20 des Obligationsrechts, wonach der Mangel, der einzelne Teile eines Vertrages betrifft, nur diese nichtig macht, soweit nicht anzunehmen ist, dass der Vertrag ohne den nichtigen Teil überhaupt nicht geschlossen worden wäre. Im vorliegenden Fall würde das Volksbegehren für das Recht auf Wohnung selbstverständlich auch dann seinen Sinn behalten, wenn die Ausführungsgesetzgebung erst nach dem 1. Januar 1970 in Kraft treten würde.

Was sodann den Inhalt des Volksbegehrens anbetrifft, können wir die beantragte Abänderung von Artikel 34quinquies, Absatz 3, der Bundesverfassung ausser Betracht lassen, da damit nur eine Anpassung an den neu beantragten Artikel 34sexies der Bundesverfassung bewirkt werden soll. Wir können uns also mit der Prüfung des beantragten Artikels 34sexies begnügen. Der Wortlaut des Absatzes 1, wonach das Recht auf Wohnung ausdrücklich anerkannt wird, lässt die Frage offen, ob damit ein subjektives öffentliches Recht, das heisst ein klagbarer Anspruch des einzelnen gegenüber dem Staat gemeint ist, oder ein Sozialrecht, das den Staat lediglich zu einer Wohnbaupolitik verpflichten will, welche die im Volksbegehren gesteckten Ziele erreichen soll. Die europäische Sozialcharta enthält eine Reihe von solchen Sozialrechten, darunter auch das Recht auf Wohnung. Auch gemäss der Menschenrechtserklärung der UNO umfassen die Menschenrechte ausser den Freiheitsrechten die Sozialrechte. Persönlich bin ich davon überzeugt, dass in einer neuen Bundesverfassung die sozial-ethische Konzeption unseres Landes durch die Anerkennung von Sozialrechten Ausdruck finden muss. Die auch im Fragenkatalog Wahlen angeführten Rechte auf Arbeit und Freizeit, auf eine anständige Wohnstätte, auf Bildung und so weiter sollten in einer neuen Bundesverfassung verankert werden. Gleichzeitig muss jedoch deutlich werden, dass die Freiheitsrechte und die Sozialrechte wesensverschieden sind, indem die Freiheitsrechte durch die Verfassung selbst und ein von ihr geschaffenes Verfassungsgericht gewährleistet und geschützt werden können, während die Sozialrechte immer nur nach Massgabe der Gesetzgebung, das heisst im Rahmen der vom Gesetzgeber geschaffenen oder zu schaffenden Institutionen entsprechend den vorhandenen wirtschaftlichen Möglichkeiten verwirklicht werden können.

Beim vorliegenden Volksbegehren erklären die Initianten in einer Zuschrift vom 27. November 1969, dass sie der verfassungsmässigen Anerkennung des Rechtes auf Wohnung nicht die Bedeutung eines subjektiven und klagefähigen Rechtes beimessen. Trotzdem ist die Trag-

weite der geforderten Bestimmung, die in der Bundesverfassung völlig vereinzelt und zusammenhanglos dastehen würde, keineswegs eindeutig. Selbst wenn dem Recht auf Wohnung nur ein programmatischer Charakter zukäme, beinhaltet es nach der vorgeschlagenen Fassung doch die imperative Forderung, dass der Staat eine Wohnwirtschaft betreibt, die sich bezüglich der Wohnungsgrösse und des Komforts nach den Bedürfnissen der Familien und Einzelpersonen richtet und die Mietzinse nach den finanziellen Verhältnissen der Mieter festlegt. Der Bund müsste nach dem Text des Volksbegehrens also von Amtes wegen die Wohnbedürfnisse und den Wohnungsstandard, sowie das Verhältnis zwischen Mietzins und Finanzkraft des Mieters festlegen. Eine solche staatliche Wohnungspolitik würde der Tatsache nicht Rechnung tragen, dass in den letzten zwanzig Jahren ungefähr 90 Prozent der Wohnungen durch Private, nämlich durch Einzelpersonen und juristische Personen, die Wohnbaugenossenschaften ausgenommen, erstellt worden sind. Sobald die geforderten staatlichen Interventionen erfolgen würden, müsste das eine starke Dämpfung der privaten Bautätigkeit zur Folge haben. Die öffentliche Hand müsste in die entstehende Lücke treten, was zu tun sie gar nicht in der Lage ist. Es käme somit zu einem Stillstand oder wenigstens einem Rückgang in der Wohnungsproduktion und zu einer weiteren Verschärfung der Wohnungsnot.

Die Kommission unterstützt es, dass das Gemeinwesen mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Wohnbautätigkeit fördert. Es muss aber ein staatlicher Dirigismus abgelehnt werden, der in unserem privaten Wirtschaftssystem vollkommen fremd wäre und nur zu negativen Ergebnissen führen könnte.

In Absatz 2 enthält der vorgeschlagene neue Verfassungsartikel die Forderung, dass der Bund — solange ein Mangel an Wohnungen besteht — zeitlich begrenzte Massnahmen zum Schutze der Mieter trifft, insbesondere gegen ungerechtfertigte Mietvertragskündigungen und gegen übersetzte Mietzinse. Wir müssen bedenken, dass der Trend zur Agglomeration wegen der Vorteile, welche dort geboten werden, immer so gross sein wird, dass sich in der Agglomeration nie mehr ein genügendes Angebot an Wohnungen herstellen lässt. Die verlangten Massnahmen könnten deshalb gar nicht zeitlich begrenzt, sondern müssten verewigt werden. Die Erfahrungen in allen westlichen Ländern haben aber gezeigt, dass das System der Mietpreiskontrolle nicht geeignet ist, das Wohnungsproblem zu lösen. Es führt zu Verzerrungen zwischen den Kosten für gleiche Wohnleistungen und zu sozialen Ungerechtigkeiten. Der Schutz ist willkürlich und zufällig. Er wird auch jenen Bewohnern gewährt, die darauf nicht angewiesen sind und ihre Wohnungsversorgung eigenständig bewältigen können. Wir müssen deshalb aus den angegebenen Gründen auch die Forderungen von Absatz 2 der vorgeschlagenen Verfassungsbestimmung ablehnen.

Wenn es auch klar ist, dass das gestellte Volksbegehren abgelehnt werden muss, stellt sich doch die weitere Frage, ob ihm in der Volksabstimmung nicht ein Gegenvorschlag der Bundesversammlung gegenübergestellt werden sollte. Der Bundesrat wie der Nationalrat haben davon abgesehen, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Dieser Auffassung schliesst sich Ihre Kommission aus folgenden Gründen an:

Erstens drängt es sich, da die bereits ausgeführten und geplanten Massnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens auf eine genügende verfassungsmässige

Grundlage gestellt werden können, rechtlich nicht auf, eine neue generelle Grundlage für die Wohnungspolitik des Bundes zu schaffen.

Zweitens böte es rechtliche Schwierigkeiten, einen Verfassungsgrundsatz im Sinne des Rechtes auf Wohnung als Sozialrecht zu schaffen; dies deshalb, weil die Bundesverfassung die Institution der Sozialrechte nicht kennt und deshalb auch nicht die Voraussetzungen für die richtige Auslegung dieser Sozialrechte enthält.

Drittens sollte es auch politisch nicht nötig sein, einen Gegenvorschlag zu schaffen. Wenn das Schweizervolk einerseits richtig darüber aufgeklärt wird, was das geforderte Recht auf Wohnung alles zur Folge hätte, und wenn andererseits die eingeleiteten und geplanten Massnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens mit dem nötigen Nachdruck weiterverfolgt werden, sollte der Stimmbürger doch zur Ueberzeugung gelangen können, dass der vorgeschlagene Weg des Volksbegehrens nicht zum Ziele führen kann.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass das gestellte Volksbegehren trotz allen guten Absichten, welche die Initianten damit verfolgen, abgelehnt werden muss, weil es für unser Rechts- und Wirtschaftssystem als Ganzes und insbesondere für unsere Wohnungspolitik schlimme Folgen haben müsste. Des weitem soll auch von einem Gegenvorschlag gegen dieses Volksbegehren abgesehen werden, weil ein Gegenvorschlag weder notwendig noch rechtlich und politisch ohne weiteres möglich erscheint.

Aus diesen Gründen beantrage ich Ihnen namens der Kommission Zustimmung zum vorliegenden Bundesbeschluss, wonach das Volksbegehren der Abstimmung des Volkes und der Stände unterbreitet und die Verwerfung beantragt werden soll.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le Conseil passe sans opposition à la discussion
des articles*

Artikelweise Beratung — Discussion des articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen — Adopté

Art. 1—3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Articles premier à 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen — Adopté

Gesamtabstimmung — Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 27 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat — Au Conseil fédéral

Volksbegehren für das Recht auf Wohnung. Bericht des Bundesrates

Initiative populaire pour le droit au logement. Rapport du Conseil fédéral

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1970
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	10356
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.03.1970
Date	
Data	
Seite	115-116
Page	
Pagina	
Ref. No	20 039 331

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

**10356. Volksbegehren
für das Recht auf Wohnung.
Bericht des Bundesrates
Initiative populaire
pour le droit au logement.
Rapport du Conseil fédéral**

Siehe Seite 115 hiervor — Voir page 115 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 20. März 1970
Décision du Conseil national du 20 mars 1970

Schlussabstimmung — Vote final

Für Annahme des Beschlusentwurfes 34 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat — Au Conseil fédéral

**10362. Investitionsrisikogarantie.
Bundesgesetz
Garantie contre les risques
de l'investissement.
Loi**

Siehe Jahrgang 1969, Seite 347 hiervor —
Voir année 1969, page 347 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 12. März 1970
Décision du Conseil national du 12 mars 1970

Schlussabstimmung — Vote final

Für Annahme des Gesetzenwurfes 35 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat — Au Conseil national

Schluss des Amtlichen Bulletins der Frühjahrssession 1970
Fin du Bulletin officiel de la session de printemps 1970

Volksbegehren für das Recht auf Wohnung. Bericht des Bundesrates

Initiative populaire pour le droit au logement. Rapport du Conseil fédéral

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1970
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	10356
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.03.1970
Date	
Data	
Seite	139-139
Page	
Pagina	
Ref. No	20 039 337

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.